

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2010/13

5. Sitzung vom Montag, 22. Oktober 2012, 18.00 – 21.06 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Thomas Bühler, Ratspräsident

Protokollführer

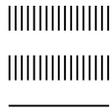
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

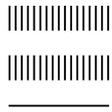
- 40 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

Entschuldigungen

keine



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	442
2. Optimierungsmassnahmen Laufende Rechnung	443
GK 140 Postulat der SVP-Fraktion und der FDP-Fraktion betr. „Verzichtsplanung/Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde Zofingen!“ – Bericht des Stadtrates	
3. Voranschlag 2013	448
GK 139 Voranschlag 2013 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013 sowie Investitions- und Finanzpläne 2013 – 2017 der Einwohnergemeinde Zofingen	
4. Parlamentarische Vorstösse	466
GK 141 Interpellation von Marco Arni (glp/DYM) betreffend „Heisses“ Wochenende in Zofingen – auf Kosten der Bewohner/-innen und Steuerzahlenden? – Beantwortung	
5. Umfrage	466



Begrüssung

Hr. **Thomas Bühler**, Ratspräsident, eröffnet die Sitzung und begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, die Damen und Herren des Stadtrates, den Ratssekretär, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Insbesondere begrüsst er auch die wegen der Beratung des Voranschlags 2013 anwesenden Kaderleute der Verwaltung zur fünften Sitzung im Jahr 2012.

Der **Ratssekretär** stellt fest, dass 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend sind, **der Rat ist damit beschlussfähig.**

Zum Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. März 2012 sind keine Einwendungen eingegangen, das Protokoll gilt somit als genehmigt. Die Protokolle Juni und September 2012 werden so rasch als möglich zugestellt.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt:**

- Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. Mai 2012
- Aktualisierte Adressliste

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Am 26. September 2012 wurde die **ergänzte Traktandenliste nachgereicht**. Unter Punkt 4 wird neu die Interpellation GK 141 von Marco Arni (glp/DYM) behandelt.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, können die Geschäfte in dieser Reihenfolge behandelt werden und die **Traktandenliste** gilt mit der Ergänzung als **genehmigt**.

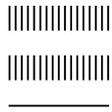
Mitteilungen

Am Wochenende haben im Kanton Aargau **Regierungsrats- und Grossratswahlen** stattgefunden. Folgende Personen aus Zofingen wurden in den Grossen Rat gewählt resp. wiedergewählt:

Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger, Renata Siegrist-Bachmann, Viviane Hösli Rössler, Urs Plüss, Sabine Freiermuth-Salz, Manfred Dubach, Herbert H. Scholl.

Der **Vorsitzende** wünscht den Gewählten alles Gute und viel Freude in diesem anspruchsvollen Amt. Er ist überzeugt, dass starke Persönlichkeiten mit viel politischem Wissen im Rucksack, für unsere Region nach Aarau entsandt werden. Ebenfalls hofft er, dass die hier anwesenden Gewählten sich weiterhin im Einwohnerrat engagieren.

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.



Art. 124

Optimierungsmassnahmen Laufende Rechnung

GK 140

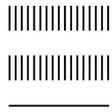
Postulat der SVP-Fraktion und der FDP-Fraktion betr. „Verzichtsplanung/Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde Zofingen!“ – Bericht des Stadtrates

Der **Ratspräsident** übergibt das Wort dem Sprecher und Präsident der FGPK, Hr. Marcel Murri.

Allen Anwesenden ist klar, dass die beiden Geschäfte GK 140 und GK 139 am besten zusammen behandelt werden sollten, führt Hr. **Marcel Murri** aus. Das eine ist der Vorausblick und mögliche Optimierungsmassnahmen, das andere das konkrete Resultat, über welchem heute letztendlich, immer mit dem Fokus über 2 - 3 Jahre, gebrütet wird. Da die Geschäfte jedoch getrennt behandelt werden, will der FGPK-Präsident insbesondere zum GK 140 ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen und sich beim Budget dafür etwas kürzer halten, resp. nicht mehr repetieren.

„Zu früh oder zu spät“, dies ist oft diskutiert worden und Marcel Murri merkt an, dass es müssig ist, heute Abend darüber erneut zu philosophieren. Es ist wie es ist und er will dazu einige, allgemeine Bemerkungen machen. Das Papier, welches die SVP und FDP mit einem Postulat verlangt haben, liegt nun seit einigen Wochen vor und man kann konkret darüber sprechen. Was im Augenblick gefragt ist, gerade im Zusammenhang mit dem Budget 2013, sind wie immer, vernünftige Entscheide mit einem vernünftigen Augenmass. Wer in der Politik arbeitet, ist sich bewusst, dass die wenigsten Entscheide ewig halten, nicht zuletzt solche im finanzpolitischen Bereich. Dies sollte uns immer auch ein wenig leiten. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der FGPK relativ schwierig. Was wird von der FGPK verlangt? Sie soll vor allem das Sachgeschäft vorausschauend, kontrollierend aber auch politisch nach den erwähnten Grundsätzen prüfen. Irgendwo hat die FGPK, eine gewisse neutrale Rolle, insbesondere der Präsident, weil er die Meinung der FGPK neutral wiedergeben muss. Dies ist nicht ganz einfach. Die FGPK muss sich insbesondere im Hinblick auf das Budget 2014 Mühe geben, dieses Diskussionsgefäss auch wirklich zu benützen. Letztendlich bleiben immer die Fakten - also orientieren wir uns an Fakten. Parteipolitik kann für einen Augenblick auf die Seite gelegt werden. Letztendlich muss ein Problem gelöst werden - und für das ist man da. Der FGPK-Präsident verweist auf sich selber, er hat damals zum Budget 2012 Folgendes gesagt: „Verschiedene Prozesse sind zum Abschluss gekommen und zeigen Wirkungen: Stichworte Aufgabenverschiebung (Bund, Kanton, Gemeinden), Steuersenkungen auf verschiedenen Ebenen, neue Aufgaben. Dies zeichnete sich seit 3 bis 4 Jahren ab, nach dem dies der Stadtrat immer sehr offen und vorausschauend kommunizierte. Das Resultat ist auch nicht neu. Die Ressourcen sind endlich, viele Gemeinden, nicht nur Zofingen, müssen Fehlendes kompensieren, sei es mit weniger Leistungen oder mit Steuererhöhungen. Letztes Beispiel ist Wettingen mit 3 % Steuerfusserhöhung, also eine ähnliche Situation wie in Zofingen oder vielen anderen Gemeinden im Kanton Aargau.

Der FGPK-Präsident bezieht sich konkret auf GK 140, die Vorschläge des Stadtrates in Richtung Optimierung als Antwort auf das Postulat: Am 22. September 2012 ist das Geschäft in der FGPK besprochen worden. Die FGPK war dabei mit 7 Mitgliedern nicht ganz vollzählig. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat GK 140 zur Kenntnis zu nehmen. Das ist das Resultat der FGPK-Beratungen. Aber was wurde inhaltlich damit gemacht und wo sind die Diskussionen hingelaufen? Grundsätzlich begrüsst die FGPK den Bericht. Nicht die einzelnen Lösungsvorschläge oder Möglichkeiten, sondern als Basis, als logische, seriöse Diskussionsgrundlage. Es ist eine gute Zusammenstellung, welche



viele Fakten liefert, auch wenn das Papier nicht episch lang ist. Das wird vom Präsidenten der FGPK wie auch von den Mitgliedern uneingeschränkt begrüsst.

a) Was sind die Hauptaussagen? Wie bereits erwähnt wurde und was man seit bald 3 Jahren hört, sind die prognostizierten Wirkungen eingetreten. Das Resultat aus den Umlagerungen von Aufgaben als auch der Kostensteigerungen z.B. im Gesundheitswesen, wird immer ein wenig ausgeblendet. Ganz klar haben die Steuersenkungen im Bereich der juristischen Personen die Wirkung gezeigt, welche erwartet worden ist. Die Ressourcen werden knapp, auch das hört man seit bald 3 Jahren.

b) Was zeigt der Bericht weiter auf? Marcel Murri erinnert daran, dass wenig wirklich beeinflussbar ist und es eine harte Zahl gibt, das konnten alle lesen. Mehrheitlich gebundene Kosten machen 83 % aus. Was heisst das rein mathematisch gesehen? Mögliche Sparmassnahmen in diesen beeinflussbaren Bereichen wirken dementsprechend überproportional. Wenn ungefähr 15 % frei beeinflussbar sind, kann man dort nicht Wunder erwarten. Und wenn, müssten wohl ganze Pakete gestrichen werden, das tut weh. Es ist also nicht eine rein politische Frage. Letztendlich ist es ein Summen-Spiel, ein Proportionen-Spiel. Und wenn wir Politik machen wollen, müssen wir dazu stehen und sagen, okay da und dort schmerzt es.

c) Im Bericht wird Vergleichbares miteinander verglichen, das ist ziemlich klar und wenigstens in der FGPK hat dies niemand bestritten. Ein Punkt sticht heraus: Offensichtlich ist Zofingen im Quervergleich mit anderen Gemeinden relativ gut aufgestellt, mit der Betonung auf relativ. Die Effizienz der Verwaltung ist nicht schlecht, im Quervergleich eher bis gut. Was heisst das weiter? Einsparungen schmerzen wirklich, d.h. wenn man wenig bestimmen kann und keine wirkungsvollen Möglichkeiten bezüglich der Effizienz der Verwaltung als Ganzes findet, dann tun Einsparungen weh. Oder man muss sich auf Dinge konzentrieren, die nicht sehr attraktiv sind. Marcel Murri weist auf die Tageschulen hin, welche in gut entwickelten Ländern längst eine Selbstverständlichkeit und nichts Aussergewöhnliches mehr sind. Er denkt weiter an die Wirtschaft, welche ein gewisses Interesse daran hat. Das sind Themen, die peinigen.

d) Der Bericht liefert mit CHF 0,5 Mio. ein konkretes Sparziel. Nicht wahnsinnig spektakulär, aber ein wahrnehmbares Resultat aus diesem abstrakten Papier, das damit auch finanziell quantifiziert ist.

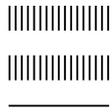
Betreffend der Details des Berichtes ist Marcel Murri der Ansicht, dass man sich heute mehr oder weniger einig ist, nicht auf die Detailstufe von einzelnen Rasenmähern usw. einzugehen. Trotz vielen Detailinformationen in diesem knappen Papier wird heute wahrscheinlich ziemlich grundsätzlich diskutiert. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Investitionsbedarf hoch ist. Die nächste Steuerreform kommt, sie ist nicht mehr fiktiv. Die Wirtschaft wird in den nächsten 2 Jahren kaum explodieren und damit die Steuern bei den juristischen Personen nicht ins astronomische steigen. Gewisse Details hat Marcel Murri bereits erwähnt und diese wiederholen sich jetzt natürlich. Einzelne vorgeschlagene Sparmassnahmen schmerzen und wenn man den Gesamtkuchen, die Verwaltung, anschaut, ist das Sparpotenzial der Bereiche, welche nicht vorgeschlagen sind, nicht exorbitant hoch. Auch wenn man eine kleine Anzahl Stellen streicht, erreicht man nicht den Bereich, der mehrere Millionen Franken liefern würde.

Was ist die Konsequenz daraus, direkt für das nächste Budget, fragt sich Marcel Murri und versucht bereits eine Brücke in Richtung Budget zu schlagen. Es ist klar, das Budget steht mit einem Sparvorschlag von CHF 0,5 Mio./pro Jahr. Weitere Sparvorschläge sollen als eine reale Konsequenz aus diesem Papier folgen. Marcel Murri ist der Ansicht, dass der Stadtrat nicht dafür gerügt werden soll, sondern es ist mutig, eine Steuerfusserhöhung vorzuschlagen. Einfacher wäre es, wenn man dies

nicht macht. Dieses Papier ist nicht das Resultat von einer wilden Politik, sondern man sieht gewisse sachliche Überlegungen dahinter, nicht politische, eher finanz-politische. Das darf man dem vorliegenden Papier attestieren und man kann es wenden wie man will, der Vorschlag für 2013 liegt vor und ist begründet, im Budget selber und auch in Form dieses Sparpapiers. Man kann politisch andere Prioritäten setzen, man muss sie dann auch, da zählt der FGPK-Präsident alle Einwohnerratsmitglieder dazu, letztendlich verantworten können. Was ist nun konkret zu tun? Man hat seit 2 Jahren darauf hingewiesen, die Signale des Stadtrates ernst zu nehmen und letztendlich war das auch das Postulat, welches den Finger hochgehalten und gesagt hat: „Nehmt ernst was der Stadtrat sagt“. Schon letztes Jahr wurde klar und deutlich kundgetan, dass man ein solches Papier will, und der Stadtrat wurde darum gebeten, die FGPK früh in diesen politischen Prozess mit einzubeziehen, damit die politische Akzeptanz geschaffen werden kann. Der Stadtrat hat begründet warum dies ab Zeitpunkt X passiert ist. Nehmen wir jetzt doch die Chance wahr und führen diese politischen Diskussionen. Möglicherweise nicht heute Abend, aber das Angebot des Stadtammanns liegt gegenüber der FGPK vor, ein Gefäss zu bilden, in dem beispielsweise Fraktionen dabei sind, um diese politische Diskussion zu führen. Fakt ist und bleibt, dass der Investitionsbedarf von Zofingen hoch bleiben wird. Die Effizienz in der Verwaltung als ganzes kann vielleicht noch ein wenig gesteigert werden. Realistischerweise werden die Sparpotenziale nicht die Grössenordnungen liefern, die gebraucht werden, um die Finanzen in den Griff zu bekommen. Also wird zwangsläufig in irgendeiner Form der Fokus auf der Einnahmenseite liegen müssen. Das war wenigstens die Meinung eines grösseren Teils der FGPK bei der Budgetdiskussion. Die ganz praktische Folgerung daraus, das Papier wird zur Kenntnis genommen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich beim Präsidenten der FGPK für die Ausführungen und, nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet er die Eintretensdebatte.

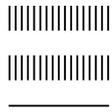
Hr. **Jakob Lang**, FDP, erklärt, dass die FDP-Fraktion vom Bericht zu GK 140 klar Kenntnis genommen hat. Diese Dokumentation ist als umfassend empfunden worden. Die stringente Argumentation hat gut gefallen. Aber was hat der FDP-Fraktion weniger gefallen? Zusammen mit der SVP-Fraktion hat die FDP ziemlich genau vor einem Jahr diese Motion, welche zum Postulat umgewandelt worden ist, eingereicht. Dies aufgrund der Diskussionen, welche vom Stadtammann schwergewichtig angestossen worden sind, dass es eben finanziell enger wird. Die Idee dieses Papiers ist gewesen, dass man diskutieren kann. Darum wurde auch der Beantwortungs-Termin bis März 2012 so festgesetzt. Dieser Terminplan war sicher sportlich, aber die Fraktionen stehen dazu. Die Systematik der erhaltenen Analyse, in „teilweise gebundene Kosten“, „freiwillige Ausgaben“ oder da wo man „autonom als Gemeinde bestimmen“ kann, ist sinnvoll und zeigt auch, wie der FGPK-Präsident gesagt hat, dass der Spielraum nicht riesig ist. Aber man hat es gehört, da oder dort, meinen alle, gibt es durchaus noch etwas Spielraum. Vermisst wurde auch eine gewisse Reflexion, letztlich nicht im freiwilligen Bereich, da hat man sicher sehr viel in Frage gestellt, auch Dinge die nicht realistisch sind. Er glaubt nicht, dass man investieren wird um die Badi zuzuschütten, welche neu gemacht wurde. Weiter wird die Freiheit der Reflexion bei den teilweise gebundenen Ausgaben vermisst, insbesondere auch beim grössten Kostenblock, welcher natürlich am meisten einschenkt. Dort sind die Summen durchaus respektabel. Die Diskussion welche geführt worden ist, ist eine defensive Diskussion gewesen. Es hat sofort eine Spardiskussion gegeben, und die jugendlichen Politiker dieser Stadt sind schon sehr beunruhigt, dass man die Kultur abschaffen möchte. Er glaubt auch, dass über die Chancen gesprochen werden muss. Dies hat der Bericht aufgezeigt, jedoch in seinen Augen nicht wirklich richtig wiedergegeben. Zofingen hat grosse Chancen, vor allem dort wo man schwach ist, meint man, nämlich bei der Steuereinnahmenseite, da wo die Stadt sich unterdurchschnittlich entwickelt hat im kantonalen Vergleich. Zofingen hat Einiges getan. Vom Einwohnerrat ist letztes Jahr der Industrielandabtausch bewilligt worden. Da ist ein Konzept zu einer realistischen



Option geworden, welche jetzt umgesetzt werden muss und dank der auch etwas passieren kann. Zofingen ist in der Unteren Vorstadt in einem sehr grossen Bereich etwas am ausarbeiten. Auch da gibt es Chancen, welche auf den Planungshorizont 2022 Auswirkungen haben. Zofingen hat weiter das Projekt Falkeisenmatte, welches auch positive Entwicklungen im Bereich des Steueraufkommens ermöglichen soll. Diese Aspekte sind in der Finanzplanung mit den langfristigen Steueraufkommenssteigerungen von 1,5 % eher defensiv geplant worden. Auf der anderen Seite hat man zum jetzigen Zeitpunkt die Kostensteigerung in der Verwaltung mit 2 % einfach fortgeschrieben. Er sieht hier ein Auseinanderklaffen bei dem vielleicht einfach zuwenig Optimismus drin steckt, sondern eher ein wenig mehr Argumentation hinsichtlich des Voranschlages. Was wollten die Fraktionen der SVP und FDP mit diesem Papier bezwecken? Die breite Diskussion wird erst jetzt, ein Jahr später, angeboten. Die Fraktionen wollten Positionen darlegen, Argumente austauschen, eben in dem Moment, in dem das Budget 2013 noch beeinflussbar ist. Die Realität war jedoch eine völlig verunglückte Kommunikation. Irgendwann einmal hat man in einem E-Mail die Pressemitteilung der Stadt erhalten oder man konnte es in der Zeitung lesen, dass jetzt der Steuerfuss erhöht werden soll. Jakob Lang betont, dass hier eine Chance vergeben worden ist, wirklich in die Diskussion einzusteigen und die Positionen darzulegen. Deshalb wird man heute Abend diese Diskussion führen müssen. Zusammenfassend nimmt man diesen Bericht - halt leider zu spät - zur Kenntnis.

Es ist von seinen Vorrednern Marcel Murri, FGPK-Präsident, und Jakob Lang, FDP, bereits sehr viel gesagt worden, führt Hr. **Michael Müller**, SVP, aus. Die Fraktion der SVP schliesst sich diesen Voten selbstverständlich an und die grosse Arbeit dahinter, wird gewürdigt. Insbesondere der Vergleich, welcher gemacht wurde als auch die tabellarische Darstellung der verschiedenen Zentrums-gemeinden sind wertvoll. Er möchte zum Hinweis von Marcel Murri betreffend der Steuerfusserhöhung von Wettingen um 3 % ergänzend darauf hinweisen, dass Wettingen heute bei 95 % Steuerfuss liegt, also immer noch einiges von der Zahl entfernt, über welche man sich heute bei uns unterhält. Festzustellen ist auch, dass von diesen verglichenen Zentrums-gemeinden genau eine mit einem höheren Steuerfuss gesegnet ist als Zofingen, und alle anderen sind günstiger. Festzustellen und positiv zu würdigen ist auch, dass der Ausblick auf die nächsten 2 Jahre mit CHF 0,5 Mio. prognostiziert wird. Michael Müller möchte an dieser Stelle noch einmal dem Stadtrat und der Verwaltung danken für die geleistete Arbeit. Er ist sich bewusst, dass dies jedes Mal noch zusätzlich zu den übrigen Aufgaben hinzukommt. Er ist aber überzeugt, dass mit diesem Papier und der noch zu führenden Diskussion für die Zukunft eine wichtige Grundlage vorhanden ist, an welchem man sich orientieren kann.

Fr. **Irma Jordi**, DYM, teilt mit, dass die Fraktion der DYM den Bericht ebenfalls so zur Kenntnis genommen hat. Was sie erstaunt und beinahe erschüttert hat, ist die Tatsache, dass diese Motion als Postulat überwiesen worden ist. Sie hat das Geschäft GK 112 vom 16. November 2011 vor sich. Darin steht ganz klar, dem Einwohnerratspräsidium wird vorgeschlagen, an der Sitzung vom September oder Oktober 2012 eine entsprechende Information des Stadtrates zu traktandieren. Der Stadtrat hat sich von Anfang an diese Zeit vorbehalten damit er die Planung auch längerfristig an die Hand nehmen kann. Es ist eigentlich allen klar, dass das Budget des nächsten Jahres, sicher nicht in einem so nahen Zusammenhang mit der laufenden sowie der folgenden Planung für die nächsten 10 Jahre steht. Sie ist der Ansicht, dass eine sehr gute Arbeit gemacht worden ist. Man hat ganz viele Vorschläge bekommen, wo und was man sparen muss. Es ist bereits in den Zeitungen herumgeschleppt worden, was für läppische Vorschläge gekommen seien. Sie erwartet jetzt eigentlich von den Fraktionen der SVP und der FDP eine klare Ansage, wo sie was gestrichen haben wollen und was in Zukunft in der Stadt Zofingen weggelassen werden soll. Man hat einen sehr hohen und guten Standard. Irma Jordi ist es wichtig, dass dieser gehalten werden kann, dass Zofingen weiterhin ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort ist. Man hat es gehört, die Vorbereitungen sind gemacht worden,



dass Arbeitsplätze geschaffen werden können. Das ist ein längerer Prozess gewesen und sie möchte hier gerne noch einmal eine klare Ansage der beiden Fraktionen, was für gut befunden wird und was nicht.

Hr. **Michael Wacker**, SP, dankt Irma Jordi für ihr Votum. Er wollte in eine ähnliche Richtung lenken. Hier im Saal wurde mit Stichtentscheid der damaligen Einwohnerratspräsidentin eine Motion in ein Postulat umgewandelt, mit der ganz klaren Ansage, auf den skizzierten zeitlichen Ablauf der Berichterstattung. Man hat im letzten November gewusst, was überwiesen wird. Jetzt kann man ganz salopp sagen, die Ratslinke hätte gerne die Motion überweisen wollen. Darum hat sie nein gesagt zur Überweisung des Postulates, weil man vielleicht eben genau diese Diskussion im März gewollt hätte. Es ist nicht so – das war nur ein kleiner Scherz. Aber, und da hat Irma Jordi auch recht: Was hier und heute diskutiert wird und was vom Stadtrat eingegangen ist, erachtet die SP als ein sehr gutes Fundament für die zukünftige Diskussion. Zudem ist darin eine messerscharfe Analyse der heutigen Situation von Zofingen enthalten. Wenn die FDP, Jakob Lang, sagt „der grösste Kostenblock in den teilweise gebunden Ausgaben“ dann dürfte erwartet werden, dass doch das Kind beim Namen genannt wird. Nur so weiss man, was die FDP als den grössten Kostenblock bei den teilweise gebundenen Ausgaben betrachtet. Bezüglich der Investitionen ist die SP der gleichen Ansicht. Der Landabtausch im Industriegebiet ist eine Zukunftsperspektive. Genau so die Untere Vorstadt und die Falkeisenmatte. Aber sind wir ehrlich, nicht in den nächsten 3 bis 4 Jahren kommen die grossen Steuerzahler, da muss man zuerst handeln, verhandeln, aushandeln, kaufen, bauen und danach wissen wir alle, werden die Investitionen noch ein paar Jahre als Verlustvorträge abgeschrieben, resp. abgezogen. Das ist eine sehr langfristige Perspektive. Wenn wir betr. Steuererhöhung weiter schauen, ist es nicht nur Wettingen, sondern auch Brugg und Döttingen. Kommen wir doch noch zu einem anderen Bereich – Standortmarketing, Standortdiskussion. Auf welchem Level fahren wir dann in Aarau oder Brugg punkto SBB-Anschluss oder öffentlichem Verkehr? Die haben ihre Hausaufgaben, wenn man so salopp sagen darf, vor 20 Jahren gemacht. Deshalb haben sie den entsprechenden Boom gehabt, das wurde uns mehrfach aufgezeigt. Dank diesem Boom konnten sie die Steuern senken. Jetzt passiert dort, trotz sehr gutem Steuersubstrat und höherem Frankenvolumen pro steuerpflichtige Person, das Gleiche was wir hier und jetzt auch diskutieren – eine Steuererhöhung. Man kann nicht a) wollen, b) sagen und c) zum Schluss immer alles ablehnen. Er denkt, dass man heute Abend ehrlich genug ist, sich anschaut und man sich an das hält, was gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern versprochen wird.

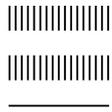
Der **Vorsitzende** eröffnet die Diskussion zur Vorlage.

Keine Wortmeldungen.

Der **Präsident** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Vom Bericht des Stadtrates betreffend Verzichtsplanning/Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde Zofingen sei Kenntnis zu nehmen.

Der Bericht wird mit 38:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.



Art. 125

Voranschlag 2013

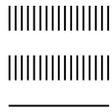
GK 139

Voranschlag 2013 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013 sowie Investitions- und Finanzpläne 2013 – 2017 der Einwohnergemeinde Zofingen

Der **Präsident** bedankt sich vor der Beratung des Geschäftes bei allen leitenden Angestellten herzlich für die grosse Arbeit, welche geleistet worden ist.

Hr. **Marcel Murri**, Sprecher und Präsident der FGPK, möchte nichts bagatellisieren, aber letztendlich, wenigstens für das Jahr 2013, spricht man von nicht sehr grossen Franken-Differenzen. Was ist normal an diesem Budget? Eigentlich alles und die FGPK ist entsprechend vorgegangen. Das Budget wurde normal geprüft, so wie die Kommission es jedes Jahr macht. Dieses wurde, wie im üblichen Rahmen zusammen mit dem Gesamtstadtrat und mit Personen aus der Verwaltung an der Sitzung vom 22. September 2012 diskutiert. Wie erwähnt, ist die FGPK mit 7 anwesenden Mitgliedern nicht ganz komplett gewesen. Er möchte sich an dieser Stelle dem Ratspräsidenten anschliessen und allen Personen danken, welche zu diesem Budget beigetragen haben. Insbesondere der Verwaltung, welche immer eine grosse Arbeit leisten muss, und wenn gewisse Sparaufträge dahinter stecken, umso intensiver. Er weiss, was das heisst, da steckt ein enormer Arbeitsaufwand dahinter. Er dankt auch dem Stadtrat für die wie immer offenen Diskussionen und für das Erscheinen des Gesamtstadtrates an der erwähnten Budgetbesprechung. Nicht zu letzt verdankt Marcel Murri die schriftlichen Antworten, sowohl auf die Detailfragen wie auch auf die strategischen Fragen. Das schafft Präzision und wie man sieht, sinkt der Diskussionsbedarf dann rapide. Leider, und das ist ein wenig Eigenkritik, ist danach kaum eine Debatte entstanden. Die Fragen waren beantwortet und die gewichtigen politischen Fragen, welche heute möglicherweise noch diskutiert werden, sind zu kurz gekommen. Marcel Murri selber, auch auf Grund einer Frage aus der Mitte der FGPK, überlegt sich, für die nächste Budgetprüfung, allenfalls ein zusätzliches Gefäss zu bilden, um einen vertraulicheren Rahmen zu schaffen. Nebst der Teilnahme des Stadtrates braucht es möglicherweise noch ein Gefäss, in dem man intern gegenseitig sagen kann, was man denkt. Der FGPK-Präsident geht dabei davon aus, dass die Mitglieder der FGPK stark genug sind, um dies auch in Anwesenheit des Stadtrates klappt, sonst bringt es nichts. Dies zur Information, ein Interna aus der FGPK, über welches nachgedacht wird.

Zu welchem Schluss ist die FGPK gekommen? Dem Hauptantrag „Voranschlag 2013 inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013“ hat eine kleine Mehrheit mit 4:3 Stimmen zugestimmt. Möglicherweise wäre ein unentschiedenes Ergebnis entstanden, wäre die FGPK vollzählig gewesen. Der FGPK-Präsident verzichtet darauf, allzu detailliert zu rapportieren, möchte jedoch in Erinnerung rufen, dass hier nicht ein skandalöses oder spektakuläres Budget vor uns liegt, sondern ein Arbeitsbudget, welches sich wie im letzten und vorletzten Jahr in den gleichen Breiten präsentiert. Ausnahme und Hauptthema ist der Steuerfuss gewesen, welcher angehoben werden soll. Ansonsten hat sich der Rest im üblichen Rahmen bewegt. Die neue Aufmachung des Budgets und der Jahresrechnung bewährt sich. Zum ersten Mal sind jetzt auch Zielvorgaben darin enthalten. Sinnigerweise wurde über diese nicht diskutiert. Er ist gespannt darauf, ob heute über die Ziele des Stadtrates diskutiert wird, was für Marcel Murri sinnvoll wäre, wenn man wirkungsorientiert denkt. Lange Rede, kurzer Sinn – die FGPK bestätigt, dass das Budget formell korrekt abgewickelt worden ist und den Vorgaben entspricht. Wie gesagt, die Fragen wurden alle zur Zufriedenheit der FGPK beantwortet.

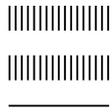


Die wichtigsten Facts im Budget 2013: Die Steuerfusserhöhung wurde bereits erwähnt, das ist die Basis, wie auch die bereits erwähnten Sparmassnahmen aus dem Optimierungspaket von CHF 0,5 Mio. Alles was jetzt kommt, basiert auf diesen Zahlen. Dann ist der Blick auf die Selbstfinanzierung von CHF 1,5 Mio. in diesem Jahr sicher interessant. Die Selbstfinanzierung für das Jahr 2013 erwartet man bei CHF. 3,3 Mio., Zielvorgabe oder Wunsch wären nach wie vor CHF 5 – 6 Mio. Die geplanten Nettoinvestitionen folglich dementsprechend vorsichtig zurück genommen und etwas wenig über der Selbstfinanzierung, so dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 86 % liegt.

Der Brutto-Investitionsbedarf ist mit CHF 11 Mio. hoch. Alle wissen aber, dass der Investitionsbedarf tatsächlich noch grösser ist. Dieser wurde zurückgeschoben und baut sich nun auf. Interessant ist vielleicht, dass dieses Mal die Investitionen durch den Bereich Hochbau und nicht wie die letzten 2 Jahre durch den Bereich Tiefbau ausgelöst wurden. Und notabene sind die meisten Kredite durch den Einwohnerrat bereits bewilligt worden. Die Einnahmen sind trotz Steuerfusserhöhung nur leicht höher. Jetzt kann man sich darüber streiten, ist das vorsichtig oder realistisch eingeschätzt. Aufgrund der Wirtschaftslage nimmt Marcel Murri nicht an, dass die grosse Trendwende in 1 – 2 Jahren kommt. Insgesamt ist der Finanzierungsfehlbetrag von CHF 0,5 Mio. sicher kein Problem. Dies wäre wohl auch kein Thema, wenn man mit einem tieferen Steuerfuss arbeiten würde, auch CHF. 1,5 Mio. sind sicher im Augenblick kein Grund zur Aufregung für Zofingen. Aber die Frage ist eben, schaut man voraus oder nicht.

Beim Nettoaufwand (gebundene Kosten) wäre Marcel Murri froh um konkrete Hinweise in der FGPK, wenn man irgendwo etwas sieht. Die FGPK hat zur Kenntnis genommen, dass der Nettoaufwand wieder steigt und dies weitgehend auch hartgebundene Kosten sind, welche einfach durchgereicht werden. Der FGPK-Präsident wiederholt sich und weist auf die Pflege- und Spitalfinanzierung oder den öffentlichen Verkehr etc. hin, also wenig steuerbare Ausgaben. D.h. zusammengefasst ist dieses Budget sicher gut tragbar, mit einem Steuerfuss von 105 %. Was sind die kritischen Punkte? Wenn das eintritt, was der Stadtrat prophezeit, nämlich dass 2012 die Selbstfinanzierung bei CHF 1,5 Mio. liegen wird, dann ist dies höchst alarmierend. CHF 1,5 Mio. Selbstfinanzierung in einem Gebilde wie der Stadt Zofingen, welche Ziele hat. Die Steuerkraft ist bereits erwähnt worden, die ist einfach gesagt „grottenschlecht“ im Quervergleich mit vergleichbaren Gemeinden. Das beunruhigt eigentlich schon. Mehrbelastungen welche Zofingen durch die verschiedenen erwähnten Übungen eingefangen hat, sind nachhaltig, also die bleiben und verschwinden nicht einfach so. Folglich bleibt die Aufgabenverteilung stabil und die Steuersenkungen auf Stufe Kanton sind beschlossen und wirken auch. Da wird vom Steuerfuss her weniger Geld generiert. Weiter geht Marcel Murri davon aus, dass alle im Saal gleicher Meinung sind, dass Zofingen eine Zentrumsgemeinde ist, die stolz darauf ist und attraktiv bleiben möchte. Was heisst das? Jeder weiss, wenn man vorausschaut ist der Investitionsbedarf hoch und dieser kann nicht beliebig hinausgeschoben werden. Das effektiv vorhandene Sparpotenzial ist im Hinblick auf die Standortattraktivität der Stadt Zofingen sehr kritisch. Zitat von Kurt Blum aus dem Jahr 2011 „eine baufällige Geisterstadt ist wohl kaum attraktiv, weder für Firmen noch Bewohner“. Bei einem mittelfristigen Ausblick auf 2 bis 3 Jahre wird es realistischerweise, dies war wenigstens einer kleinen Mehrheit der FGPK so erschienen, mehr Einnahmen brauchen. Sofern man, und das ist die Bedingung, die Zielsetzung, welche der Stadtrat vorgibt und welchen man bis jetzt so getragen hat, nicht im Grundsatz aufgeben will. Wie soll das im Augenblick ausgelöst werden, eben ohne Zuwanderung von Firmen? Dies liegt in Form des Budgets 2013 vor. Kein Steuerfuss ist auf ewig festgelegt, das wissen wir alle und das hat man vor 3 bis 4 Monaten bewiesen. Kantonal steigen oder fallen die Steuerfüsse, richtigerweise der Situation angepasst.

Welche Möglichkeiten haben wir heute Abend? Hr. **Marcel Murri** fasst dies vorausschauend zusammen:



- a) Das Budget kann mit dem Steuerfuss genehmigt und die politischen Gespräche, welche gewünscht sind, geführt werden, nachdem man nun alle Grundlagen zusammen hat.
- b) Man kann die Möglichkeit nutzen und auf das Budget und die Steuerfusserhöhung nicht eintreten. In der FGPK ist Eintreten beschlossen worden. Aus Sicht von Marcel Murri und als FGPK-Präsident, der gerne Lösungen sucht, wäre ein „Zurückweisen“, ohne eine Richtung vorzugeben, ein leicht hilfloser Entscheid.
- c) Das Budget kann mit einem tieferen Steuerfuss genehmigt werden, die Konsequenzen sind klar.
- d) Das Budget kann mit einem konkreten Sparauftrag zurückgewiesen werden.

Hr. **Marcel Murri** gibt die Ergebnisse der Beratungen in der FGPK bekannt:

Antrag 1: Sistierung Einlagen in Parkgebührenfonds

Die FGPK hat einstimmig mit 7:0 Stimmen dem stadträtlichen Antrag zugestimmt.

Antrag 2: Voranschlag 2013 (inkl. Investitionsvoranschlag) mit einem Steuerfuss von 105 % .

Die FGPK hat mit 4:3 Stimmen den stadträtlichen Antrag genehmigt.

Antrag 3: Investitions- und Finanzplan 2013 – 2017

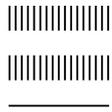
Die FGPK empfiehlt den stadträtlichen Antrag mit 6:1 Stimmen zur Annahme.

Der **Ratspräsident** verdankt die detaillierten Ausführungen des FGPK-Präsidenten und fragt den Rat an, ob Eintreten bestritten ist.

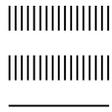
Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, bittet der **Präsident** die Sprecher der Fraktionen ihre Voten zum Geschäft abzugeben.

Hr. **Markus Gfeller**, SVP, teilt mit und man konnte es vorgängig bereits erfahren, dass die SVP-Fraktion das Budget so wie es vorliegt, ablehnt. Ebenfalls konnte man hören, dass die eingeleiteten Optimierungsmassnahmen und die gemachte Auslegeordnung im Zusammenhang mit dem Postulat, welches behandelt ist, zeigen, dass der Stadtrat in die richtige Richtung geht. Aus diesem Grund ist für die Fraktion der Zeitpunkt für die Steuererhöhung noch nicht richtig. Die SVP ist der Auffassung, dass die Ausgaben sich nach der Ertragslage richten müssen und nicht umgekehrt. Die Fraktion der SVP lehnt das Budget 2013 ab und verlangt vom Stadtrat eine überarbeitete Version ohne Steuererhöhung.

Fr. **Irma Jordi**, DYM, stellt fest, dass es immer wieder erstaunlich ist, sich nach einer Ertragslage zu richten, welche wir einfach nicht haben. Aus diesem Grund hat man jetzt den Steuerfuss anheben wollen. In der Fraktion der DYM wurde sehr stark über das Budget diskutiert und man ist sich einig, den Stadtrat nicht hängen zu lassen und ihn mit einem gültigen Budget, mit dem er arbeiten kann, ins neue Jahr zu schicken. Man ist sich bewusst, dass die Sparübungen ernst genommen worden sind, dass die Zitrone ziemlich stark ausgepresst wurde. Man weiss dies von der Fraktion der DYM wirklich sehr zu schätzen. Die Fraktion ist sich effektiv beim Steuerfuss nicht so einig. Eigentlich ist es nie der richtige Zeitpunkt um die Steuern anzuheben. Es ist aber auch schon mal der richtige Zeitpunkt gewesen, die Steuern nicht zu senken, erinnert Irma Jordi. Was für sie immer wieder ein Thema ist, sind die festen Kosten, welche nicht beeinflussbar sind, und diese werden immer höher. Dies bereitet Irma Jordi extrem Angst. Von der Fraktion der DYM wird ein Antrag kommen, welcher verlangt, dass man das Budget mit dem momentanen Steuerfuss von 102 % bewilligen soll. Fast die Hälfte der Fraktion der DYM hat dies unterstützt, die andere Hälfte ist dagegen gewesen. Irma Jordi ist gespannt auf die Debatte und sie wird sich bestimmt wieder zu Wort melden.



Fr. **Anne-Käthi Kremer**, SP, informiert, dass die SP-Fraktion geschlossen für den Voranschlag 2013 inkl. der leichten Steuerfusserhöhung steht. Wieso? Weil die SP nicht absichtlich anfangen will, Schulden anzuhäufen. Weil die Fraktion ein Zofingen will, welches finanziell einigermaßen über die Runden kommt, weil die SP ein Zofingen will, das Zentrumsfunktionen wahrnehmen kann, weil man ein Zofingen will, das lebenswert ist und weil wir Zofingerinnen und Zofinger sind. Die Fraktion der SP ist stolz auf den Stadtrat. Das kann man ja nicht immer sagen. Man ist stolz wie das Gremium ohne eine riesige, interne Schlammschlacht über die Bücher gegangen ist, und das wird dem Stadtrat und der Verwaltung im Hintergrund verdankt. Mit dem Resultat - im Budget 2013 hat man gespart wo es nur ging - Wünschenswertes wurde gestrichen, Notwendiges hat man auf ein Minimum beschränkt. Die Optimierungsmassnahmen im Umfang von CHF 0,5 Mio. mussten sein, und dort hat es sicher Posten dabei, welche schmerzen. Aber der Stadtrat hat eingesehen, dass es einfach nicht geht, noch mehr einzusparen und zu streichen in einzelnen Bereichen. Es geht auch nicht, dass die Nettoverschuldung immer noch mehr steigt, weil man immer weniger Steuereinnahmen hat, vor allem von den natürlichen Personen. Wenn Zofingen punkto Finanzlage einigermaßen mit vergleichbaren Aargauer Kleinstädten mithalten will, dann muss man jetzt den Steuerfuss leicht anheben. Michael Wacker hat es angesprochen, in Brugg hat letzte Woche der Einwohnerrat beschlossen, von 95 % auf 100 % aufzuschlagen. Und der Steuerfuss soll in Döttingen um ganze 20 % erhöht werden. Sofern der Steuerfuss in Zofingen nicht erhöht wird, dann muss bei den Optimierungsmassnahmen das Doppelte heraus schauen, nämlich CHF 1 Mio. Dann müssten grössere Kostenposten diskutiert werden. Sei dies die Badi zu schliessen oder den Heitern-Tierpark zu privatisieren. Für die SP ist es darum auch keine Option nur das Budget 2013 zu genehmigen, nicht aber die Steuerfusserhöhung, wie es der Antrag der DYM will. Das Budget 2013 basiert auf Berechnungen mit einem Steuerfuss von 105 %. Das Budget ohne Steuerfusserhöhung anzunehmen, würde weitere Sparmassnahmen erfordern. Man konnte von Abschreibungen in der Höhe von CHF 900'000.- lesen. Aber schon jetzt, im laufenden Jahr 2012, ist man finanziell hinter dem Budget und erreicht eine Selbstfinanzierung von lediglich CHF. 1,5 Mio. Das ist halb so viel wie budgetiert. Anne-Käthi Kremer hofft, dass dies wirklich alle verstehen, es geht finanziell nicht auf. Zofingen dreht sich im Kreis, es macht aus Sicht der SP keinen Sinn, die Steuerfusserhöhung weiter vor sich hinzuschieben. Alle wissen, in welchen Ressorts die grossen Kostentreiber versteckt sind. Im Bereich 4 Gesundheit und im Bereich 5 Soziales, und alle wissen, dass dies vor allem Fixkosten sind, welche auf die Gemeinden abgewälzt werden. Man kann deshalb dem Stadtrat keinen Vorwurf machen, er schaue zu wenig in die Zukunft. Es geht einfach nicht und man kann schlicht nicht sagen, wie es z.B. im Jahr 2017, 2018 oder 2019 aussieht. Man weiss einzig, dass in den nächsten Jahren viel investiert werden muss in Strassen, Schulhäuser, Altersheime etc. und es muss sehr teuer saniert werden. Vielleicht weil man in der Vergangenheit in diesem Bereich zu wenig gemacht hat, weil man mit den 102 % Steuerprozenten feudal gelebt hat, es hat ja immer alles funktioniert. Für die SP ist klar, Zofingen muss endlich weg kommen von diesem dogmatischen „es ist so und es bleibt so wie es ist“. Zofingen steht finanziell auf der Kippe, sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Anne-Käthi Kremer fordert auf, parat zu sein und vorwärts zu schauen, auch mutig voraus zu gehen und etwas zu wagen, oder man lässt Zofingen finanziell abstürzen. Das Budget ablehnen oder kommentarlos zurückzuweisen, bringt weder dem Stadtrat noch der Zofinger Bevölkerung etwas, im Gegenteil, es verursacht zusätzliche Kosten in der Verwaltung. Vor allem aber, bringt es Zofingen nicht weiter und nicht vorwärts. Die SP-Fraktion will ein funktionierendes Zofingen und unterstützt darum die leichte Steuerfusserhöhung zum Wohl von Zofingen einstimmig. Denn, dass man als Gemeinde nur dank tiefen Steuern attraktiv ist, das stimmt nicht. Zum Schluss: Trotz Steuerfusserhöhung, wenn die dann käme, zahlt man pro Person und pro Familie langfristig weniger Steuern. Bei der Debatte um die Ende September angenommene Steuergesetzrevision, man hat dies gehört. Diese Entlastungen bedeuten aber ab 2014-15 umgekehrt wieder ein weiteres Loch in der Zofinger-Kasse von rund CHF. 1,5 Mio. Man sieht auch hier erneut, Zofingen dreht sich im Kreis. Anne-Käthi



Kremer bittet deshalb die anwesenden Ratsmitglieder, den Voranschlag 2013 und die leichte Steuerfusserhöhung anzunehmen.

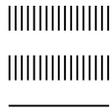
Hr. **Thomas Valko**, FDP, ist der Ansicht, dass man jetzt schon sehr viel gehört hat über das Budget 2013. Die Vorlage hat nicht nur hier im Saal zu reden gegeben. Die Fraktion der FDP ist nach wie vor der Auffassung, dass es wesentlich besser gewesen wäre, wenn man die Verzichtsplanung vorgängig gemacht hätte und man dann nicht einfach aus der Zeitung erfährt hätte, dass es eine Steuererhöhung gibt. Man steht einfach wieder einmal mehr vor einer Tatsache, nach dem Prinzip, Vogel friss oder stirb. Die FDP ist effektiv der Meinung, dass eine Steuerfusserhöhung eben auch keine Standort-Attraktivitäts-Steigerung ist, denn das ist ein wesentlicher Punkt und das was man als Zentrumsgemeinde will, Leute nach Zofingen zu bringen um mehr Steuersubstrat zu generieren. Schlussendlich diskutiert man aber dann über diejenigen Budgetposten, welche beeinflussbar sind und nicht über jene, welche nicht beeinflussbar sind. Da muss man auf einer anderen Ebene noch einmal dahinter, z.B. wenn es darum geht, den Finanzausgleich und diese Dinge auf einen anderen Level zu bringen. Das ist aber nicht die Diskussion von heute Abend. Wenn man das Budget studiert, sieht man schon den einen und anderen Punkt, z.B. gibt es versteckte Stellenaufstockungen. Warum hat man nicht eine Stellenplafonierung gemacht? Das sind Punkte, die auf der Ausgabenseite einfach kommen und weitergeführt werden. Und warum macht man gewisse Aufgaben in der Verwaltung selber, obwohl man vielleicht die technischen Ressourcen nicht hat? Vielleicht hat man die Programme nicht dazu usw. Wäre es nicht effizienter wenn gewisse Aufgabe auswärts gegeben würden. Somit könnte man auch die personellen Ressourcen schonen und abgesehen davon, hätte das lokale Gewerbe auch noch etwas davon. Das sind ein paar Vorschläge auf den Hinweis, dass gesagt werden soll, wo man sparen muss. Thomas Valko glaubt nicht, dass es die Aufgabe des Einwohnerrates ist, Posten für Posten durchzugehen und zu sagen, hier muss man sparen und da muss man sparen, aber es muss vorgängig in der Diskussion klar etwas erarbeitet werden miteinander. Dann hätte man auch eine saubere Grundlage.

Vielleicht noch etwas zur Einnahmenseite: Man hat gesehen, die Ausgaben gehen sehr, sehr progressiv nach oben und die Einnahmenseite hingegen wird sehr konservativ budgetiert. Klar darf man nicht zu optimistisch dahinter gehen, aber ein wenig Optimismus wäre schon am Platz. Es wurden ja einige Fälle bereits durchgeackert, z.B. wurden die verschiedenen Projekte im Industriegebiet realisiert. Jetzt muss man wirklich schauen, dass dies so umgesetzt wird. Und wenn man sagt, der Horizont beträgt 4 bis 10 Jahre, dann muss man vielleicht einen Gang mehr einlegen, damit es vorwärts geht und dort diese Einnahmen generiert werden können. Vielleicht müsste auch das Liegenschaftskonzept einmal umgesetzt werden, ein Punkt der evtl. auch vorangetrieben werden müsste. Es gibt noch einige Punkte, bei denen man auf der Einnahmenseite etwas machen könnte. Wenn man sagt, man orientiert sich nur auf der Ausgabenseite, das kann man in der Wirtschaft auch nicht. Thomas Valko tut es leid, schon wieder den Vergleich mit der Wirtschaft zu bringen, aber wenn man da zu hohe Ausgaben hat, muss man effektiv schauen, dass man bei der Einnahmenseite etwas unternehmen kann. Die Fraktion der FDP wird aus diesem Grund, wenn alle Diskussionen abgeschlossen sind, zum Budget 2013 einen Rückweisungsantrag stellen.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der **Präsident** liest den Rückweisungsantrag/Ordnungsantrag der SVP-Fraktion vor:

Die Fraktion der SVP Zofingen-Mühlethal stellt den Antrag auf Rückweisung des GK 139 Voranschlag 2013 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013 sowie Investitions- und Finanzpläne 2013 - 2017 der Einwohnergemeinde Zofin-



gen. Mit Einreichung der Motion, vom Rat auf Antrag Stadtrat in ein Postulat umgewandelt, wird ein langfristig ausgeglichener Haushalt gefordert. Als allerletzte Massnahme ist eine Steuererhöhung anzuwenden. Die bisherigen Anstrengungen des Stadtrates gemeinsam mit der Verwaltung zeigen bereits auf, dass der heute resultierende Fehlbetrag mittelfristig aufgeholt werden kann. Dies muss in kurzer Frist erreicht werden können. Eine Steuererhöhung wäre somit verfrüht. Mit der Rückweisung soll die Chance und die Zeit eingeräumt werden, um mit zusätzlichen Massnahmen ein Budget ohne Steuererhöhung vorlegen zu können.

Der **Ratspräsident** bittet anschliessend Thomas Valko für die Fraktion der FDP den erwähnten Antrag vorzutragen.

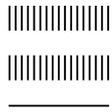
Hr. **Thomas Valko** stellt zu GK 139 Voranschlag 2013, Antrag 2, für die Fraktion der FDP folgenden Rückweisungsantrag: **Der Voranschlag 2013 der laufenden Rechnung mit einem um 3 % höheren Steuerfuss von 105 % sei zurückzuweisen.** Dafür sei ein möglichst ausgeglichener Voranschlag mit bisherigem Steuerfuss von 102 % und mit einem möglichst geringen Aufwandüberschuss vorzulegen. Begründung: Die FDP und die SVP haben zusammen eine Motion Verzichtsplanning/Businessplanung eingereicht, welche in ein Postulat umgewandelt worden ist. Der Stadtrat ist diesem Auftrag zu spät nachgekommen. Sowohl die FGPK wie auch der Einwohnerrat haben in der Folge von der geplanten Steuererhöhung wie auch vom Sparplan 2013 aus den Medien erfahren. Angestrebt war eine vertiefte Diskussion, und zwar vor der Budgetierung, über den Teil des Nettoaufwandes mit mehr oder weniger freiwilligem Charakter. Dadurch hätte die schwierige Aufgabe ohne Verunsicherungen der Medien angegangen werden können. Mit dem Vorgehen des Stadtrates steht der Einwohnerrat einmal mehr vor einem „Fait accompli“. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass im Jahr 2013 ein verbessertes Budget auch ohne Steuererhöhung möglich ist.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Diskussion über die Rückweisungsanträge.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, ist vom bürgerlichen Schulterschluss etwas verwirrt. Einerseits hat der Präsident einen Antrag der SVP verlesen. Andererseits liegt auch ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Er ist unsicher, ob jetzt zwei Anträge oder nur einer vorliegen. Kann da noch jemand aufklären bevor abgestimmt wird.

Hr. **Robert Weishaupt**, DYM, muss zugeben, dass er ebenfalls verwirrt ist. Auf der einen Seite wird gesagt „man ist völlig auf dem richtigen Weg“ aber man sagt Nein! Man ist tiptop auf Kurs, aber man sagt Nein! Betreffend der Motion oder dem Postulat sind die FDP und die SVP doch sehr optimistisch, wenn sie meinen, das ist im November über die Bühne gegangen und im März soll eine Antwort vorliegen. Er glaubt nicht, dass das geht wenn noch neue Felder beackert werden sollen. Das geht nicht von heute auf morgen. Zudem wirkt sich das ganze nicht schon 2013 aus. Aus seiner Sicht ist eine Rückweisung ganz schlecht. Er würde dies lieber heute Abend ausdiskutieren. SVP und FDP sollten jetzt das Kind wirklich beim Namen nennen und sagen, wo gespart werden soll. Sonst kommt es dann soweit, dass der Stadtrat plötzlich beim Parkieren die Gratishalbstunde streichen und die Parkgebühren erhöhen will. Die DYM-Fraktion weisst deshalb diese Rückweisungsanträge zurück. FDP und SVP sollten sich gut überlegen, ob das Geschäft zurückgewiesen werden soll oder ob es noch besser wäre, wenn sie die Rückweisungsanträge selber zurückziehen würden.

Fr. **Anne-Käthi Kremer**, SP, fragt sich, ob man diese Rückweisungsanträge einander gegenüberstellt oder wie man darüber abstimmen will. Es ist zu einfach, wenn man fordert oder sagt „es ist ja nicht notwendig jetzt schon zu sparen oder jetzt sparen und die Steuern noch mehr zu erhöhen“. Man kann selbstverständlich grosszügiger budgetieren, wenn dies zu konservativ ist. Sie geht aber



davon aus, dass dann das Budget wieder nicht erreicht wird. Darum ist die SP nach wie vor für das Budget und gegen die beiden Rückweisungsanträge.

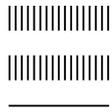
Fr. **Yolanda Senn Ammann**, Farbtupfer, möchte der Fraktion der FDP noch sagen, oder direkt Thomas Valko darauf hinweisen, dass dies überhaupt kein „Fait accompli“ seitens des Stadtrates gewesen ist. In der Jahresrechnung wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Finanzen nicht so gut aussehen für die Zukunft. Also immer nur Vorwürfe machen, kann man nicht. Wenn man in einem Jahr die Selbstfinanzierung der CHF 1,5 Mio. welche wir nun im Jahr 2012 haben werden, mit der Verschuldung von 2013 zusammenzählt, ist vermutlich in einem Jahr die nötige Steuerfusserhöhung höher als 3 %. Wollen SVP und FDP diese Verantwortung ihren Wählern gegenüber übernehmen? Yolanda Senn Ammann hofft, dass es noch ein paar Unsichere gibt, die sich gegen die Parteiparolen hinwegsetzen werden und vielleicht mit einer Enthaltung dabei sind, weil die SVP und die FDP dann die Verantwortung übernehmen müssen, wenn der Steuerfuss 5 – 6 % steigt in einem Jahr.

Hr. **Michael Wacker**, SP, stellt fest, dass momentan zwei Rückweisungsanträge auf dem Tisch liegen. Die liegen nicht schriftlich vor und er bittet den Ratspräsidenten diese entsprechend zusammenzufassen. Danach wird um eine kurze Sitzungsunterbrechung gebeten, damit dies in den Fraktionen diskutiert werden kann.

Hr. **André Kirchhofer**, FDP, findet das Votum von Yolanda Senn Ammann schlecht. Es tut ihm leid, aber er ist der Meinung, dass man sich nicht hinter Zeitfristen oder hinter irgendwelchen Vorgaben verstecken kann. Es war bei diesem Postulat klar, dass es nicht um einen Termin, sondern um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Einwohnerrat bei der nächsten Budgetplanung ging. Er kann es nicht verstehen, dass man eine Steuerfusserhöhung aus der Zeitung erfahren muss. Das ist kommunikativ absolut schlecht - unter Null. Er wagt dies jetzt so in den Raum zu stellen und er weiss, dass es eine provokative Aussage ist. FDP und SVP wollten aber ganz klar eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem ganzen Budgetprozess. Man hat einen Frühlingstermin genannt, um etwa die Grössenordnung anzugeben. Das Problem ist, dass dies jetzt erst im Herbst eigentlich zu Stande gekommen ist. Genau das, was Herr Stadtmann jetzt in Aussicht gestellt hat, dass dies nächstes Jahr passieren soll, hätten die Fraktionen der SVP und FDP einfach ein Jahr vorher verlangt. Mit einer Auslegeordnung, damit darüber diskutiert werden kann.

Es ist verschiedentlich gesagt worden, man soll das Kind jetzt beim Namen nennen. Das ist allerdings schwierig, denn man will es nicht gleich mit dem Bad ausschütten, weil, und dies wurde geschrieben, es ist klar wo man ansetzen will, es ist bei der Stadtverwaltung. Er möchte betonen, auf der Stadtverwaltung arbeiten Leute, die tagtäglich grössten Einsatz leisten. Es kann doch nicht sein, dass man im Einwohnerrat über Stellen diskutiert, von Damen und Herren welche hier anwesend sind. Es hört niemand gerne wenn seine Stelle beim Namen genannt wird. Aber es gibt vielleicht trotzdem einzelne Stellen, welche man einmal zur Disposition stellen kann. Er ist der Ansicht, dass dies hier im Plenum nicht der richtige Ort ist. Es ist im Kanton nicht der richtige Ort und es ist im Bund nicht der richtige Ort über solche Sachen im Parlament zu diskutieren. Wieso soll es dann in Zofingen der Richtige Ort sein. Genau darum hätte die FDP und die SVP eine Verzichtplanung gewollt. In dieser Motion heisst es im Übrigen auch, eine Verzichtplanung in Varianten – aber es gibt nirgends Varianten.

Fr. **Yolanda Senn Ammann**, Farbtupfer, ist sich nicht sicher, ob das Votum von André Kirchhofer besser war, aber das möchte sie für sich behalten. Wenn sie ihm jedoch zuhört, hat sie das Gefühl, es wird einfach wegen den 3 % „gezwängelt“. Warum hat man dann so lang gewartet bis die Antwort



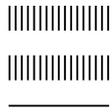
vom Stadtrat kommt, wenn es als so schlecht empfunden wird, dann hätte man sich doch schon lange wehren können und sagen, so jetzt machen wir etwas, wir wollen die Sachen jetzt vorher.

Hr. **Michael Wacker**, SP, muss leider ins gleiche Horn blasen und spricht dabei André Kirchhofer an. Ja, man hat das Thema Steuerfusserhöhung aus den Zeitungen erfahren, aber auch die FDP hat Mitglieder in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Dummerweise ist das zeitlich gerade in dieselbe Woche gefallen. Am Mittwoch war es wohl in der Zeitung und am Donnerstag hat die FGPK-Sitzung stattgefunden, und sämtliche Mitglieder der FGPK sind eingehend vom Stadtmann oder einem Mitglied des Stadtrates informiert worden, warum dies in der Zeitung publiziert worden ist. Er kann nur in Erinnerung rufen, dass es einen Zusammenhang mit den Terminen und Fristen punkto Fusion und Ratifizierung des Vertrages hatte und mit einem Geschäft, welches an der nächsten Einwohnerratssitzung behandelt wird. Der Stadtrat hat niemanden irgendwo belügen wollen. Daher wurde dies im Voraus über die Presse mitgeteilt.

Hr. **Stefan Giezendanner**, SVP, geht davon aus, dass er vielleicht das schlechteste Votum von allen hält. Dafür ist es zumindest auf die Sache bezogen und es geht nicht darum einander Vorwürfe zu machen. Bei diesem Rückweisungsantrag geht es primär darum, dass man die Steuern nicht erhöht aber gleichzeitig den Aufwand überprüft. Da ist man sich eben nicht immer ganz einig, ob alles unternommen worden ist. Wie es von der Mehrheit der linken Seite dargestellt wurde, und ob denn die Zitrone ausgepresst sei. Da möchte die SVP ansetzen. Er nennt vorausgreifend ein paar Zahlen: Wenn man den Rechnungsabschluss 2011 anschaut, das war knapp vor 1 ½ Jahren, bzw. 2009, hat man über die Steuersenkung gesprochen. Es soll der SVP niemand vorwerfen, sie sei nicht konsensfähig. Der Stadtmann und eine Kerngruppe der bürgerlichen Fraktionen, haben nämlich über dieses Thema intensiv diskutiert und man hat eine Steuerreduktion dann nicht in Betracht gezogen, weil man sich ein Polster aneignen wollte. Es fragt sich ernsthaft, wo ist dieses Polster geblieben? Wenn er die Zahlen 2011 gegenüber dem Voranschlag 2013 anschaut, ist es so, dass die Allgemeine Verwaltung CHF 400'000.– mehr budgetiert hat, gegenüber dem Rechnungsabschluss. Die öffentliche Sicherheit sogar CHF 800'000.–, Bildung rund CHF 1,3 Mio. Kultur und Freizeit, bei denen der SVP vorgeworfen wird, dass sie dort etwas „zu Tode“ sparen wolle, ist der einzige Posten, welcher CHF 50'000.– weniger budgetiert hat, als in der Rechnung 2011 abgeschlossen wurde. Das muss auch mal gesagt und soll der SVP nicht vorgeworfen werden. Da ist auf den ersten Blick gute Arbeit geleistet worden. Achtung beim Bereich Gesundheit, das sind sich alle bewusst, CHF 2,5 Mio. in der Rechnung 2011. Budgetiert für 2013 mit CHF 4,5 Mio. resp. CHF 2,1 Mio. mehr, Soziale Wohlfahrt mit CHF 800'000.– mehr. Hier ist die Rede von einer Zeitspanne von 1,5 Jahren, in der man sagt, Ist-Zahlen versus Budget-Zahlen. Wenn dies mit der Umwelt noch hochgerechnet wird, möchte Zofingen also CHF 5,9 Mio. mehr ausgeben. Fairnesshalber ist es daneben das Steuersubstrat bei dem man versucht etwas anzugleichen.

Der **Präsident** macht darauf aufmerksam, dass es bei der Diskussion um die Rückweisung geht, es sind also nur Voten zur Rückweisung gewünscht.

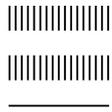
Fr. **Irma Jordi**, DYM, stellt sich ausnahmsweise an das Rednerpult auf der rechten Seite und fragt sich, ob man da evtl. alles etwas anders sieht. Sie ist der Ansicht, dass es etwas mehr blendet. Irma Jordi staunt über die Aussage von Stefan Giezendanner, man habe da gnädigerweise nicht darum gekämpft, dass man die Steuern senken würde im Jahr 2009. Das Volk hat doch entschieden, dass die Steuern nicht gesenkt werden sollen, und nun fragt sie sich, ob das schon wieder vergessen wurde. Weiter ist sie wohl schon zu lange dabei, denn sie ärgert sich wirklich heute Abend wenn sie sieht, wie viele neue Gesichter hier im Rat sitzen, welche einfach keine Ahnung haben, was im Jahr 2006/2007 bereits diskutiert worden ist. Man muss vielleicht rückwärts schauen, damit man vor-



ausschauen kann. In den Jahren 2006 und 2007 ist genau das bereits angekündigt worden, dass es mit der Pflege-/Spitalfinanzierung, resp. diesen Steuerpaketen des Kantons, auf finanzieller Ebene in Zofingen Probleme geben wird. Genau soweit ist Zofingen jetzt. Man hat damals auch immer gesagt, der Hr. Stadtmann ist ein Pessimist, aber es ist jetzt einfach so. Und wenn Stefan Giezendanner jetzt diesen Mehraufwand im Gesundheitswesen erwähnt, möchte Irma Jordi doch darauf hinweisen, dass man diese nicht erfunden und sie auch nicht selber generiert hat. Was hier budgetiert worden ist, sind die Vorgaben des Kantons und sie weiss nicht, wie naiv man sein kann, dass solche Dinge negiert werden. Irma Jordi bittet jetzt wirklich darum, mal realistisch zu denken und zu überlegen, was hier für Dinge geäussert werden. Weiter heisst es, man müsse auf der Ertragsseite neue Felder schaffen. Soll denn eine Firma eröffnet werden, ein Handelsbetrieb und sollen Werbeartikel verkauft werden oder wie stellt man sich das vor? Es ist einfach sehr, sehr mutlos und überhaupt nicht angebracht, dass man über diese Rückweisung diskutiert, insbesondere wenn man sagt, man hat Leute, welche viel gute Arbeit leisten. Wenn man jetzt das Budget so zurückweist, dann haben genau diese Leute noch einmal einen grossen Aufwand zu leisten und sie werden nicht zu einem besseren Resultat kommen.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, stellt fest, dass heute Abend eine gute Unterhaltung geführt wird. Stefan Giezendanner hat gesagt, dass man über die Sache reden und Fakten bringen soll. Marcel Thüler macht das gerne. Einerseits hat Irma Jordi ihm den Fakt bereits emotional ein bisschen weggenommen. Es ist richtig, wir wissen schon einige Jahre wie die Situation aussieht und wie sie werden wird. Es hat ein paar Abweichungen gegeben, aber er möchte nicht mit Zahlen langweilen. All jene, welche schon ein paar Mal in diesem Saal in einer Budgetdebatte gegessen sind, wissen um was es geht. Dass André Kirchhofer das Kind nicht mit dem Bad ausschütten oder beim Namen nennen will, das kann er sich vorstellen, man müsste mutig sein, wenn man hier die Ideen, welche in diesen Köpfen herumgeistern, auch wirklich mal preisgeben würde. Offenbar fehlt jedoch dieser Mut und man will einfach zurückweisen. Die Fraktionen der SVP und FDP sagen auch, die Verantwortung liegt beim Stadtrat. Der Einwohnerrat hat eine Verantwortung für diese Steuern und dafür, die Leute welche hier sitzen und ihre Arbeit machen zu kontrollieren. Das ist Aufgabe des Einwohnerrates. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er fragt sich, ob denn die Fraktionen der SVP und FDP kein Vertrauen in ihre Mitglieder in der FGPK haben. Das sind die Leute, welche das Budget prüfen und wenn diese das nicht richtig gemacht haben, dann sollte man es ihnen vielleicht mal sagen oder sie austauschen. Es kann ja nicht sein, dass der ganze Rat hier im Saal nachher das ganze Papier packen und durchackern muss. Für das gibt es diese Kommissionen. Er fände es gut, wenn das Kind mal beim Namen genannt würde, man kann es auch im Bad lassen.

Marcel Thüler möchte sich auf die Fakten beziehen. Der Stadtrat hat den Fraktionen diese Informationen zukommen lassen, was eine Steuererhöhung bedeuten würde. Es ist Einkommensabhängig, das wissen wir alle und er ist froh, dass heute Abend sehr viele Zuschauer im Saal sind. Es wurde vorher über Millionen gesprochen, aber was bedeutet das für die einzelnen Personen. Z.B. bei Verheirateten mit zwei Kindern und einem Bruttolohn von CHF 120'000.–/Jahr, das mutmassliche steuerbare Einkommen kann ein wenig mit den Schulden usw. gesteuert werden, rechnet der Stadtrat von der Steuerbelastung 2012 zu der Steuerbelastung 2013 mit einer Mehrbelastung von CHF. 110.–/Jahr und pro Familie. Nächstes Beispiel: eine Alleinstehende Person mit einem Bruttolohn von CHF 95'000.– müsste CHF. 167.– pro Jahr mehr Steuern zahlen. Wenn das zum Wohle von Zofingen ist, dies aber einem nichts wert ist, dann weiss dieses auch nicht, was er davon halten soll. Er hat jetzt bewusst die höheren Zahlen genommen, ihn würde es persönlich weniger treffen, und ihm ist es das wert. Wem es das nicht wert ist, der soll sich hier hin stellen und endlich sagen, wo der Hebel angesetzt werden soll. Das wäre fair.



Der **Ratspräsident** informiert, dass zwei Rückweisungsanträge, einer von der FDP- und einer von der SVP-Fraktion vorliegen. Der **Vorsitzende** fragt den Rat an, ob die zwei Rückweisungsanträge zusammengefasst werden können.

Hr. **Thomas Valko**, FDP, erklärt, dass die beiden Anträge zur Rückweisung zusammengefasst werden können. Es kann also über eine Rückweisung abgestimmt werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Michael Wacker, SP, einen Sitzungsunterbruch vorgeschlagen hat.

Hr. **Michael Wacker**, SP, bedankt sich, und stellt fest, dass nur noch ein Rückweisungsantrag existiert. Zuvor hatte man materielle Unterschiede in diesen beiden Anträgen festgestellt. Er fragt nun an, welcher der beiden Rückweisungsanträge gültig ist.

Der **Präsident** stellt klar, dass es bei der Abstimmung um **Rückweisung** ohne irgendwelche weiteren Inhalte oder Bedingungen geht.

Hr. **Markus Gfeller**, SVP, möchte Klarheit schaffen und gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion ihren Rückweisungsantrag zurückzieht.

FGPK-Präsident Marcel Murri möchte den Rückweisungsantrag der FDP gerne vorgelesen bekommen.

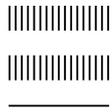
Der **Präsident** wiederholt, dass es um **Rückweisung** ohne irgendwelche weiteren Inhalte oder Bedingungen geht und lässt über den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 21:18 Stimmen abgelehnt.

Sitzungspause

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die **Detailberatung**. Er wird jeweils die verschiedenen Abteilungen des Voranschlages 2013 inkl. den entsprechenden Begründungen aufrufen und zur Diskussion stellen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, nimmt Bezug auf einige Punkte, welche vorgängig von den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen zu den Geschäften GK 139 und GK 140 erwähnt worden sind und nimmt im Namen des Stadtrates dazu Stellung. Es ist richtig festgestellt worden, dass in den letzten Jahren stetige, steigende nicht beeinflussbare Kosten verzeichnet worden sind. Ebenso sind diese Posten in der Postulatsbeantwortung zu finden, welche zwischen 2011 und 2013 die nicht beeinflussbaren Kosten von CHF 3,5 Mio. ausgemacht haben. Es ist auch absolut richtig, dass bei den beeinflussbaren Kosten keine Steigerung enthalten ist. Im Bildungsbereich erhält Zofingen Kosten überbunden, über welche nicht diskutiert werden kann. Diese sind z.T. auch sehr schwierig zu budgetieren, weil zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt ist, wie viel Berufsschulgelder oder wie viele Berufsschulklassen bestehen werden. Entsprechend sind das Kosten welche der Einwohnergemeinde Zofingen zugeschoben werden. Alle wissen, dass im Bereich Lehrerbesoldungsanteile nichts beeinflussbar ist. 2013 sind z.B. der Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz enthalten, weil dieser über die Besoldungsanteile abgerechnet wird.

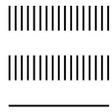


Der Stadtammann bezieht sich auf den Terminplan der Postulatsbeantwortung, welcher oft kritisiert worden ist. Er weist darauf hin, dass mit offenen Karten gespielt worden ist und bei der Postulatsbeantwortung ganz genau gesagt worden ist, wann, was und wie es gemacht wird. Der Stadtrat ist bei einer Überweisung durch den Rat davon ausgegangen, dass dies gültig ist. Der Stadtrat hat gesagt, dass kein Sparpaket geschnürt wird um dieses im Einwohnerrat separat beraten zu lassen. Das ist nicht verbindlich. Entscheidend ist es erst dann, wenn es budgetrelevant ist. Der Stadtrat hat dies mit dem Budget diskutieren wollen. Er hat seine Strategie klargelegt und gesagt, dass eine Mischform gewählt werden soll, zwischen Optimierungsmassnahmen auf der einen und einer moderaten Steuerfusserhöhung auf der anderen Seite. Das ist die Strategie des Stadtrates, ob es diejenige des Einwohnerrates ist, müssen die Mitglieder selber entscheiden und zwar im Zusammenhang mit dem Budget. Der Stadtrat hat als Hilfeleistung einige Möglichkeiten der Beeinflussbarkeit aufgezeigt. Wenn das bei einigen Personen eine Provokation ausgelöst haben soll, entschuldigt er sich auch im Namen seiner Stadtrats-Kolleginnen und -Kollegen. Er weist darauf hin, dass es jedoch nicht viele Möglichkeiten gibt, welche man beeinflussen kann. Zum Stichwort „verunglückte Kommunikation“ wie es Jakob Lang genannt hat, erläutert der Stadtammann wie Neuigkeiten vom Stadtrat an den Einwohnerrat gelangen. Die Unterlagen werden schriftlich per Post nach Hause gesendet, und die Einwohnerratsmitglieder erhalten die Medienmitteilungen, welche vorgängig per Mail geschaltet werden. So ist es auch in diesem Fall abgelaufen. Die Einzigen welche beleidigt hätten sein können, sind die FGPK-Mitglieder, welche mit einer mündlichen Information des jeweiligen Ressortvorstehenden oder Bereichsleiters bedient werden.

Der Stadtammann führt weiter aus, dass er noch genau weiss, was er in die Texte der letzten Rechnungsabschlüsse und Voranschläge eingefügt hat. Wenn man die letzten 2 Jahre prüft, findet man seine regelmässigen Hinweise als Ressortvorsteher Finanzen, denn er hat schon damals darauf aufmerksam gemacht, dass früher oder später der Steuerfuss erhöht werden muss. Das ist nicht zu letzt, wie Jakob Lang es bereits erwähnt hat, die Motivation der FDP und SVP gewesen, um diese Motion überhaupt einzureichen. Aber dann kann man doch nicht ein Jahr später sagen, man habe noch nie etwas davon gehört.

Wo kann überhaupt gespart werden? Man hat gehört, dass zum Teil noch Luft bestehe bei den teilweise gebundenen Ausgaben. Das ist absolut richtig. Teilweise gebunden heisst, dass man teilweise auf das absolute Minimum herunter fahren kann. Hier geht der Stadtrat davon aus, dass dieses Thema miteinander diskutiert werden kann, und hofft, dass auch zugehört wird und gewisse Dinge aufgenommen werden. Wenn der Stadtrat einerseits zu hören bekommt, man sollte mit dem Liegenschaftskonzept vorwärts machen, aber dann andererseits die Stelle, welche dahinter steht und genau dafür eingesetzt wird, kritisiert, geht das einfach nicht auf. Hans-Ruedi Hottiger möchte für gewisse Sachen sensibilisieren, welche dem Stadtrat wichtig sind. Der Stadtrat hat sich bemüht mit seinen Zielen immer die Produktergebnisse mit den Finanzen zu verknüpfen. Anstatt „Stellen“ hat man „Produkte“ in die Optimierungsmassnahmen aufgenommen. Hinter jedem Produkt steht eine personelle Ressource, d.h. Personen, Arbeitsstellen. Wenn man jetzt denkt, man kann da einfach die Stellen streichen ohne das Produkt abzubauen, würde dies nichts anderes bedeuten, als dass heute einige Angestellte der Stadt Zofingen, die Füsse hochlegen können und nichts arbeiten müssten. Er muss hier betonen, und dies wurde auch durch die meisten Voten bestätigt, dass die Zofinger Verwaltung recht effizient arbeitet. Dies kann auch dem Vergleich mit anderen Zentrumsgemeinden, welcher dem Rat ebenfalls vorliegt, entnommen werden.

Am Schluss bezieht sich der Stadtammann auf den Steuerfuss. Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, diesen zu erhöhen oder darüber zu diskutieren. Die Belastungen welche am Anfang auch Stefan Giezendanner erwähnt hat, sind nicht einfach so gekommen. In dieser Grössenordnung ist es schwierig, auch für den Stadtrat, im Frühling über das Budget 2013 zu diskutieren.



Der Leiter Finanzen und Controlling hat die letzten Zahlen diesbezüglich im August noch korrigiert, und hier spricht man nicht von CHF 50'000.-. Die Zahl mit welcher der Kanton sich getäuscht hat und jetzt Nachforderungen stellt, ist 6-stellig. Nichts anderes passiert nun mit den Prognosen der Steuerentwicklung, bei welcher Zofingen schon lange nicht mehr mit dem Kanton kompatibel ist. Seitens des Finanzbereichs wollte man vermeiden, dass jetzt schon die Steuern erhöht werden. Aber aufgrund der Analysen, welche alle vorliegen, ist man zur Erkenntnis gekommen, dass bereits heute eine moderate Steuerfusserhöhung nachhaltiger ist und dass Zofingen eine solche nicht wie viele unserer Nachbargemeinden nicht erst per 2014 vorsehen will. Auf 2014 fällt der Beginn der neuen Amtsperiode, mit neuen Leuten, welche dann zum Dank eine Steuerfusserhöhung in Höhe von 5 oder 10 % vertreten müssen. Dies ist die Motivation des Stadtrates gewesen und ein weiterer Grund für den Vorschlag einer Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt. 2014 herrschen vielleicht andere Bedingungen, bei denen man nicht mehr mit nur 3 % durchkommt.

Zusammenfassend ist für den Stadtrat wichtig, dass am heutigen Abend ein Budget 2013 verabschiedet werden kann. Die von verschiedenen Votanten angesprochene Gesprächsbereitschaft ist da. Der Stadtrat hat sich das Ziel gesetzt, alljährlich CHF 500'000.- aus dem Budget zu streichen. Wenn dies auch im Jahr 2014 erreicht werden soll, muss jetzt damit begonnen werden. Der Stadtrat hofft auf die Mitarbeit des Einwohnerrates und hofft auf die gewünschte Diskussion.

Der **Präsident** fährt mit der **Detailberatung** über den Voranschlag 2013 weiter.

Fr. **Eveline Anderegg**, SVP; bemerkt zu Konto 212.318.02, Telefongebühren der Musikschule, dass diese ihrer Meinung nach sehr hoch sind.

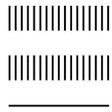
Fr. **Irma Jordi**, DYM, bezieht sich auf die Abteilung Gesundheit, S. 80, und möchte darauf aufmerksam machen, dass diese Zahlen studiert werden sollten. Sie spricht speziell die Herren der SVP und FDP an, denn die Damen wissen bestimmt wie ein Familien-Kassabuch geführt wird. Für Irma Jordi ist es wirklich die Zahl, bei welcher die Entwicklung nicht unberücksichtigt gelassen werden darf.

Hr. **Jürg Seiler**, SVP, findet das Auftreten von Irma Jordi nicht salonfähig und würde eine Entschuldigung begrüssen. Er bezieht sich auf S. 79 mit dem Thema Hirschpark. Er als alter Aarauer kennt auch den Tierpark Roggenhausen und hat sich über die Zahlen schlau gemacht. Auch da hat man grosse Probleme gehabt. Es wurde dann ein Verein gegründet, welcher von der Stadt unterstützt worden ist. Dieses Vorgehen möchte er den Zofingern beliebt machen, nicht dass man in der Zeitung lesen muss, dass dies und jenes aufgegeben werden muss, wie es bereits passiert ist. Weiter auf S. 94, Konto 770.301.01. Diese Stelle ist um 40 % gekürzt worden, was bestimmt ein Grund hatte. Er ist der Meinung, dass diese Position ersatzlos gestrichen werden kann, stellt aber keinen entsprechenden Antrag.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt Jürg Seiler, dass dies der Stadtrat genau so vorge schlagen hat. Man möchte darüber diskutieren können, ob für den Hirschpark Heitern ein Verein gegründet werden kann. So macht es die Stadt Luzern, die Stadt Aarau, und dann reduziert sich der Beitrag. So können sich dann auch die Leute engagieren, welchen was daran liegt. Man muss sich fragen, ob dies die Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Er bedankt sich für den Input von Jürg Seiler.

Der **Präsident** fährt mit der **Detailberatung** über die Investitionsrechnung weiter.

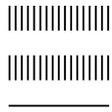
Nachdem zur Investitionsrechnung sowie zum gesamten Voranschlag 2013 inkl. bereits behandelte Themen das Wort nicht weiter gewünscht wird, weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass auf S. 129



zum 2. stadträtlichen Antrag ein Änderungsantrag von Teilen der DYM vorliegt, welcher wie folgt lautet:

Der Voranschlag 2013 der laufenden Rechnung mit einem Steuerfuss von 102 % und der Investitionsvoranschlag 2013 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen. Die Einnahmeausfälle, ca. CHF 900'000.– gehen zu Lasten des Kontos 990.332.02 (zusätzliche Abschreibungen).

Fr. **Renata Siegrist**, DYM, übernimmt die Begründung dieses Antrages. Die Grünliberalen und der mitunterzeichnende Urs Plüss unterbreiten dem Einwohnerrat einen Änderungsantrag zum stadträtlichen Antrag zur Steuerfusserhöhung auf 105 %. Es wird die Genehmigung des Voranschlages 2013 mit einem Steuerfuss von 102 % beantragt, also das Beibehalten des bisherigen Steuerfusses. Es ist bereits viel gesagt worden. In Anbetracht der vorangegangenen, heftigen medialen Wortgefechte scheint es nicht einfach, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Es gibt 2 Mehrheiten in diesem Einwohnerrat. Eine ist gegen die Steuerfusserhöhung und beantragt eine Rückweisung oder Ablehnung des Budgets, die andere ist gerade gegen die Rückweisung oder die Ablehnung des Budgets und unterstützt den stadträtlichen Antrag „Steuerfusserhöhung“. Auf beiden Seiten werden die Meinungen hartnäckig vertreten und das ist ihr gutes demokratisches Recht. Als kleine Mitte-Partei, welche ausserdem vielleicht entscheidend das Mehrheitsverhältnis beeinflussen könnte, hat sich die DYM Gedanken gemacht, wie man einen Vorschlag für eine einvernehmliche Lösung bringen könnte. Aus diesem Grund wurde der Änderungsvorschlag so formuliert, dass er die begründbare Kritik an der Steuerfusserhöhung und die späte Information des Stadtrates betreffend Erhöhung und Verzichtsplanung berücksichtigen kann, aber auch die geleistete Arbeit wertschätzt. Es ist der DYM ein Anliegen, dass niemand als Verlierer dasteht, sondern zu vermitteln versuchen, damit man kein Budget-Hickhack lostritt und damit viel Zeit, Geld und Ressourcen bei den Räten und in der Verwaltung verschleudert. Die DYM ist überzeugt und in einigen Fällen weiss Renata Siegrist es aus ihrem beruflichen Umfeld, dass die Verwaltung bereits einen schmerzlichen Abspeckungsprozess hinter sich hat. Das finanzielle Korsett ist über die letzten Jahre in den Verhandlungen sehr eng geschnürt worden und bereitet einigen Abteilungsleitern auch grosse Sorgen. Es ist nicht immer einfach, den erteilten Berufsauftrag mit den knappen Finanzen auch zu erfüllen. Eine Rückweisung des Budgets ist für all jene, welche an der Front täglich für das Wohl der Zofinger Bürger arbeiten, wirklich keine Wertschätzung. Zweifelsohne und da ist man überzeugt davon, sind die Massnahmen zur mittel- und längerfristigen Verbesserungen der städtischen Finanzen jedoch notwendig. Bis 2022 wird sich gemäss aktuellem Finanzplan die Stadt mit über CHF 20 Mio. verschulden wollen. Allerdings berücksichtigt dies auch einen stolzen Investitionsplan. Die GLP begrüsst, dass sich der Stadtrat auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite Gedanken macht, wie die Finanzen wieder ins Lot kommen könnten. Allerdings vermisst die GLP die Priorisierung bei den Bruttoinvestitionen, welche bis 2022 immerhin CHF 150 Mio. ausmachen sollen. Bei den Optimierungsmassnahmen fehlt das eine ganz und das andere kommt etwas zu spät. Um all das berücksichtigen zu können, und wie von einer anderen Partei ebenfalls gefordert, eine saubere und sachliche Auslegeordnung machen zu können, braucht es Zeit. Wie kann diese Zeit geschaffen werden? Vielleicht in dem man die laufende Rechnung und das Budget 2013 bewilligt, den Steuerfuss jedoch auf dem heutigen Stand belässt. Das wäre zumindest eine wertschätzende Haltung gegenüber der bisher geleisteten Arbeit des Stadtrates wie auch der Verwaltung. Sie könnten damit das Jahr 2013 beruhigt angehen und ohne Zeitdruck eine lösungsorientierte Steuerstrategie erarbeiten. Damit wäre hoffentlich in einem Jahr mehr Klarheit vorhanden, über wie viel Prozente der Steuerfuss wirklich nachhaltig erhöht werden müsste und ob all die Investitionen auch notwendig sind. Ausserdem wäre die Gemeindefusion mit Uerkheim schon beschlossen oder eben auch nicht. Im besten Fall könnte dann, auch ohne erhitztes Gemüt, eine notwendige Steuerfusserhöhung von allen mitgetragen werden. Damit dies gelingt ist es zwingend notwendig in diesem heiklen Geschäft im Verlauf des nächsten Jahres eine breit abgestützte Diskussions- und Entscheidungskultur zu pflegen. Wie diese aussehen soll und ob es

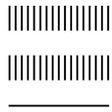


allenfalls ein überparteiliches Gefäss dafür braucht, liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Angesichts der Vermögenslage der Stadt Zofingen erscheint den Grünliberalen verantwortbar, im kommenden Jahr den Steuerfuss bei 102 % zu belassen und die fehlenden CHF 900'000.- dem Vermögen zu belasten. Die GLP ist zuversichtlich, dass dieses gut investiertes Geld ist und dass die daraus geschöpfte Zeit einen basisdemokratischen Prozess ermöglicht. Vielleicht braucht es dann mehr als nur 3 % Erhöhung, aber der Entscheid kann nachvollzogen werden, von den Parteien und selbstverständlich auch von den Stimmbürgern, welche dann sowieso das abschliessende Wort haben. Die GLP ist überzeugt, Zofingen steht wie andere Gemeinden übrigens auch, vor schwierigen Zeiten, aber nicht am Abgrund. Leisten wir uns die nötige Zeit zum diskutieren, nachdenken, abwägen und machen wir etwas Gutes daraus.

Der **Präsident** eröffnet die Diskussion über den Änderungsantrag von Teilen der DYM, welcher dem stadträtlichen Antrag 2 gegenübergestellt wird.

Hr. **André Kirchhofer**, FDP, stellt fest, dass der Steuerfuss bei 102 % bleiben soll, dies ist der Antrag von Teilen der DYM. Man geht offenbar jetzt davon aus, dass die FDP dem zustimmt weil damit ihr Ziel erreicht sei. Dem ist aber nicht so. Er betont, dass es der FDP nicht um den reinen Steuerfuss geht. Im Gegenteil, es geht darum, dass die Kosten, welche sich im Budget verbergen, wie schon mehrfach erwähnt, miteinander besprochen werden. Nach wie vor ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass dies zu wenig ausführlich passiert ist. Wenn die FDP diesem Budget zustimmen würde, mit dem Alternativantrag der DYM mit einem Steuerfuss von 102 %, würden auch all die verborgenen Kosten, welche im Budget enthalten sind, in diesem Sinne gutgeheissen und legitimiert. Darum kann die FDP konsequenterweise nicht hinter diesem Antrag stehen, weil man einfach dem Stadtrat die Kostenseite bewilligt aber die Ertragsseite nicht. Das gibt ein Ungleichgewicht, welches nicht gewünscht wird. Die FDP ist durchaus bereit einen höheren Steuerfuss zu akzeptieren, aber erst dann, wenn ganz genau ausgewiesen ist, dass dies aufgrund der Kosten absolut notwendig ist. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die FDP der Auffassung, dass dies nicht der Fall ist und genau deshalb kann dem Alternativvorschlag nicht zugestimmt werden. Im Übrigen ist heute hart gekämpft worden. Man muss hart kämpfen und die FDP findet, dass es solche Voten, welche Irma Jordi abgegeben hat, durchaus verträgt. Wir alle sind verpflichtet hart zu kämpfen um dieses Budget. Dies sind wir den Einwohnerinnen und Einwohnern von Zofingen schuldig und da darf es durchaus auch mal ein hitziges Votum geben. Das stört überhaupt nicht, im Gegenteil, man muss Verantwortung übernehmen, man muss klare Positionen haben zu einer solch wichtigen Frage. André Kirchhofer möchte deshalb den Antrag stellen, dass man den Antrag bei der Schlussabstimmung, sei es jener mit 102 % oder der mit 105 %, unter Namensaufruf durchführt, damit alle Bürgerinnen und Bürger im Protokoll nachlesen können, wer hier Verantwortung übernimmt.

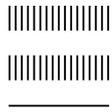
Hr. **Michael Wacker**, SP, hält fest, dass ein Änderungsantrag auf dem Tisch liegt, welcher der Stadt Zofingen eine zusätzliche Verschuldung in der Höhe von CHF 900'000.- bringt. Er ist ein wenig erstaunt darüber, zumal vorgängig das Budget positionsweise durchgegangen worden ist. Dabei hat es auch eine Frage betr. einer Differenz von sage und schreibe CHF 600.- gegeben, welche in der FGPK beantwortet worden ist. Er bezieht sich auf den Antrag der GLP und dankt André Kirchhofer indem er sich auf den „FDP-Wahlkampf“ bezieht in dem steht: „Wir stehen ein für eine Finanzpolitik, welche Investitionen erlaubt und einen jährlichen Schuldenabbau ermöglicht.“ Richtig – dann darf die FDP konsequenterweise diesem Antrag nicht zustimmen. Angela Merkel sagte: „Weniger Schulden sind die wichtigste Vorsorge für die Zukunft, denn Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.“ Michael Wacker ist der Meinung, dass es dem nichts beizufügen gibt, das ist eine Tatsache. Die FDP bezieht sich in ihrer Wahlwerbung auch auf die EU, was gut und schlecht läuft, und „nur wer seine Finanzen im Griff hat, hat Handlungsfreiheit und kann in Infrastruktur und



Bildung als Grundlage für neue Arbeitsplätze investieren“. – Richtig, meint Michael Wacker und empfiehlt den Antrag von Teilen der DYM nicht zu unterstützen und zitiert Marco Arni mit: „Steuerfusserhöhung darf zur Diskussion gestellt werden“ und fügt ein Zitat aus dem Wahlprospekt der SVP an „Es hat sich bewährt, dass in der Schweiz das Volk das letzte Wort hat.“. Michael Wacker zieht das Szenario weiter und erinnert daran, dass wenn der Antrag der Grünliberalen fällt, Zofingen einen Steuerfuss von 105 % hat. Liebe SVP-Fraktion, lügt eure Wähler nicht an, lasst dem Volk das letzte Wort.

Hr. **Urs Plüss**, DYM, bezieht sich auf das Budget und stellt fest, dass es nicht viele Änderungen gegeben hat. Zudem gibt es für ihn durchaus Wichtigeres als nur der Steuerfuss. Da ist auch ein Image, welches man verlieren kann und er denkt, wenn Zofingen per 1. Januar 2013 kein Budget hat, ist der Imageverlust relativ gross. Darum arbeitet er auch dafür, dass es gelingt und deshalb hat er den Antrag mitunterschrieben und unterstützt, damit Zofingen zum richtigen Zeitpunkt ein Budget vorliegen hat. Heute hat es keine grosse Einigkeit gegeben, Urs Plüss nimmt jedoch an, dass das Budget heute Abend vom Einwohnerrat angenommen wird und es zur Volksabstimmung kommt. Dabei werden die SVP und die FDP sicher viel Energie investieren, um in der Presse und in der Öffentlichkeit das Budget stürzen zu können. Wahrscheinlich wird das Volk NEIN sagen zum Budget und am 1. Januar 2013 hat Zofingen nichts, das wäre für ihn ein Verlust und dies möchte er nicht riskieren. Mit 102 %, das ist klar, fehlt ein Betrag von knapp CHF 1 Mio. Man darf nicht sagen, dass Zofingen sich verschuldet, das stimmt technisch so nicht, sondern Zofingen baut um CHF 1 Mio. Vermögen ab. Es ist eine reine Definitionsfrage, man gibt CHF 1 Mio. mehr aus, welche man nicht einnimmt, aber man verschuldet sich nicht neu. Er sieht auch bei dieser Chance, dass man das noch hinauszögert, die Ausgaben werden gemacht, man muss diese einmal reinholen. Er sieht eher vom Zeitpunkt her, dass dies nicht unbedingt jetzt sein muss, sondern, dass dies evtl. zeitgleich mit der Senkung Steuerbelastung durch die Steuerreform des Kantons Aargau geschehen könnte. Zofingen erhöht leicht, der Kanton senkt leicht und unter dem Strich hat der Bürger keinen Kaufverlust. Der Wirtschaft ist auch gedient, weil der Bürger gleich viel ausgeben kann. Bei der Steuerrechnung merkt er finanziell nicht, dass er in Zofingen mehr Steuern zahlen muss, weil er beim Kanton einspart. Dass in 2 Jahren evtl. eine stärkere Erhöhung erfolgen wird, dem kann Urs Plüss beipflichten, es geht jedoch immer darum was am Schluss vorhanden ist. Der Bürger, welcher während der ganzen Periode in Zofingen geblieben ist, hat am Schluss nicht mehr Geld bezahlt, sondern er zahlt anstatt auf drei Jahre verteilt, am Schluss einen etwas höheren Betrag. Wenn man den verschiedenen Voten zuhört, hat man den Eindruck gehabt, dass dann 105 % reichen. Wenn Urs Plüss jedoch die Investitionen und Verschuldung anschaut, welche wie in einem Ski-Gebiet relativ stark steigen, dann denkt er, dass diese 105 % nicht ausreichen und in 2 – 3 Jahren eine erneute Diskussion stattfindet im Rat, über noch mehr Steuerprozent. Er ist überzeugt, dass mit diesen 102 % etwas Zeit gewonnen werden kann, nämlich um das Budget durchzubekommen, damit gearbeitet werden kann, um das Gesicht nicht zu verlieren und auch, dass eine eingehende Diskussion auf der Ausgabenseite geführt werden kann, wie es die FDP und die SVP gefordert haben. Am Schluss gewinnen alle: Die Stadt hat im Moment etwas weniger Einnahmen aber in 1 – 2 Jahren kann man in diesem Saal, mit gutem Gewissen, weil alles abgeklärt werden konnte, sagen – okay – es ist alles versucht worden und nun ist eine Erhöhung des Steuerfusses um 3 – 5 % nötig.

Fr. **Irma Jordi**, DYM, bedankt sich bei André Kirchhofer, dass sie sich nicht das Wort verbieten lassen muss von Jürg Seiler. Was sie austellt, kann sie doppelt einstecken und das schöne ist, wenn man nachher wieder miteinander ein Bier trinken kann. Sie ergänzt betreffend den Differenzen innerhalb der DYM, dass man seitens der CVP ganz besonders und ein Teil der EVP gegen eine Schuldenpolitik ist. Man ist der Meinung, dass der Stadtrat eine ehrliche Politik betreibt. Es ist eine unpopuläre Massnahme, wenn man eine Steuererhöhung beabsichtigt und dies vor allem vor den Wahlen

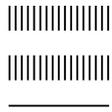


im nächsten Herbst, das braucht viel Mut. Der Entscheid des Stadtrates ist sicher eine nachhaltige Sache, und Irma Jordi ist der Meinung dass dies unterstützt werden muss. Man kann sagen CHF 900'000.- welche man mehr einnehmen könnte, seien ein Tropf auf den heissen Stein, aber das wird erst die Zukunft zeigen. Bei einer pessimistischen Rechnung trifft dies zu, bei einer optimistischen Rechnung reicht es evtl. sogar. Sie möchte die Diskussionen dann sehen, wenn vor dem Volk gesagt werden muss „wir erhöhen den Steuereffuss um 6 %“, dann muss jeder hier im Rat sich den Vorwurf gefallen lassen „hat man denn nicht früher schon gesehen, dass man hätte reagieren müssen?“. Verlierer sind alle in diesem ganzen Spiel, denn es werden weitere Schulden gemacht und man kann dann diskutieren was das Vermögen ist, welches in Zahlen nun im Budget oder in der Rechnung steht. Das Vermögen ist effektiv faktisch nichts wert oder nicht vorhanden. Sie erinnert daran, dass die Unterführung Strengelbacherstrasse schon viel früher geplant gewesen ist, da ist man in Verzug. Man hat im Seniorenzentrum mal den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern versprochen, dass sie per 2012 in den Neubau umziehen können und im Jahr 2014 die Seniorenwohnung bezugsbereit sind, und man ist weit weg von diesen Investitionen. Bewilligt ist es, aber das Geld ist effektiv noch nicht ausgegeben worden. Eigentlich ist das Geld längst investiert. Es geht nicht darum, dass hier jemand das Gesicht verliert, es geht nicht darum Zeichen zu setzen, sondern es geht darum, dass nachhaltige Finanzpolitik betrieben wird und es geht um die Sache. Aus diesem Grund strebt Irma Jordi an, nicht Schulden zu machen und diese zu hinterlassen, man weiss ja nicht wer von den Einwohnerräten wieder gewählt wird. Vielleicht gibt es eine ganz neue Truppe, welche dann die ganze Geschichte auszubaden hat, und das kann es auch nicht sein.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, bezieht sich auf die Aussage von Urs Plüss, dass mit gutem Gewissen einem Budget von heute mit einem Steuereffuss von gestern zugestimmt werden kann. Daran glaubt Marcel Thüler nicht, man kann nicht mehr Geld ausgeben als man wirklich hat. Die aktuellsten Zahlen liegen ihm nicht vor, aber es ist heute schon bekannt, dass die Stadt Zofingen relativ deutlich hinter dem Budget liegt. Man schliesst nicht mit dem Budget ab in diesem Jahr. Wenn nun noch einmal ein Jahr angefügt wird, bei dem man bereits budgetiert, dass man weniger einnimmt, und weil die Steuereinnahmen gar nicht so kommen wie sie sind, haben wir am Schluss zu wenig, das ist nicht verantwortungsbewusst.

Zu den Investitionen: Dieser dicke Stapel Papier welcher an alle verteilt worden ist, hat bestimmt jeder ganz genau geprüft und jeder ist sich ganz sicher, dass da nicht alles aufgelistet ist, was in den nächsten Jahren kommt. An diesem Investitionsplan ist etwa so viel Speck, wie an einem Weight-Watcher-Schwein. Da wird noch mehr draufgepackt und das muss man sich bewusst sein, der Antrag der GLP ist unverantwortlich und er möchte darum bitten, diesem nicht stattzugeben. Der Vorschlag zum Namensaufruf ist eine tolle Idee, dann sehen alle, wer welche Verantwortung übernehmen will und wer nicht.

Hr. **Dominik Gresch**, DYM, möchte sich sehr kurz halten, nachdem schon viel gesagt worden ist. Er ist allgemein erstaunt wie persönlich z.T. diskutiert wird und er denkt, dass alle im Rat hart im nehmen sind aber z.T. ist die Grenze sicher überschritten worden. Die Ratsmitglieder sind Kolleginnen und Kollegen und es geht um die Sache. Dominik Gresch freut sich, dass Michael Wacker richtig zitieren kann, bei vielen Politikern ist dies nicht der Fall, vor allem im nördlichen Nachbarland dies ist sicher ein positiver Aspekt gewesen. Er meint es ernst und möchte richtig stellen, es wird hier vom Budget 2013 gesprochen. Urs Plüss hat dies sehr schön gesagt, man darf es nicht überbewerten und man ist nicht für eine Verschuldung. Wenn die GLP sagt, man politisiert nachhaltig, dann geht es nicht nur um die Ökologie, sondern auch um die Finanzen und dann kommt es auf dieses eine Jahr nicht an. Die GLP will, dass die Rahmenbedingungen klar sind, wenn ein solch gewichtiger Entscheid gefällt wird. Man will nicht unnötig negative Signale aussenden. Wenn man



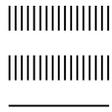
sieht, dass aufgrund der kommenden Mehrbelastungen es nicht geht, dann wird die GLP dies mittragen. Er geht davon aus, dass der stadträtliche Antrag angenommen wird, weil es wichtig ist, dass das Budget nicht „offen“ ist, dass man weiss wie man arbeiten kann, es wird zur Abstimmung kommen und dann kann das gleiche Volk, welches die kantonalen Erleichterungen angenommen hat, über die lokalen Steuerfussanpassungen befinden. Man wird sehen wie das Resultat ausfällt. In einem Artikel war die Rede von einer „Wischi-Waschi-Politik“, Dominik Gresch findet es unseriös, wenn man 4 Wochen nachdem das Volk den Steuererleichterungen zugestimmt hat, dann wieder Erhöhungen beschliesst.

Hr. **Jürg Seiler**, SVP, wiederholt, dass bereits viel gesagt worden ist, aber er kommt noch einmal darauf zurück und geht mit Stefan Giezendanner einig: Es hat noch Speck am Knochen, man kann ganz sicher auf der Aufwand-Seite noch sparen, die Zitrone ist noch nicht ganz ausgepresst. Auch Jakob Lang hat es richtig erkannt, es ist nicht die Aufgabe der Legislative festzulegen, wo gespart werden muss, für das ist der Stadtrat und die Verwaltung zuständig. Aus diesem Grund muss Jürg Seiler dazu stehen und sagen, der Antrag der GLP wird seitens der SVP abgelehnt.

Fr. **Yolanda Senn Ammann**, farbtupfer, ist der Meinung, dass es wohl nicht die Aufgabe der Legislative ist zu sagen, wo zu sparen ist, aber sie ist dazu da, kritisch und aktiv während des Jahres mitzudenken und mitzuhelfen zu sparen. Das würde sie sich vom Rat manchmal wünschen, dass er durch das ganze politische Jahr hindurch ein wenig kritischer ist und nicht erst jetzt, wenn es bald zu spät dafür ist. Sie findet es auch eine eigenartige Aussage, wenn man beim Budget oder bei Rechnungen plötzlich bis ins Jahr 2022 plant und wäre manchmal froh, wenn man hier im Rat an die nächsten 5 bis 10 Jahre denken könnte bei gewissen Geschäften. Bei einer gemeinsamen Steuererhöhung in einem Jahr, wenn es dann um 5 und 6 % geht, ist sie sich fast sicher, dass dies nicht gemeinsam getragen wird. Manchmal hat Yolanda Senn Ammann das Gefühl, dass vergessen wird, dass der Rat vom Volk gewählt worden ist und sie möchte lieber vor ihre Wähler stehen und sagen, ich bin heute für diese 3 % als dann in einem Jahr für 6 % Erhöhung zu stimmen, nur weil man es heute verpasst hat. Sie bittet alle hinter dem Vorschlag des Stadtrates zu stehen.

Hr. **Urs Plüss**, DYM, hofft, dass er nicht so verantwortungslos ist, wie es erwähnt worden ist. Er ist froh, dass die Steuereinnahmen noch höher sind als die laufenden Kosten. Im Prinzip hat Zofingen einfach zu wenig Geld für alle Investitionen, die gemacht werden müssen. Er ist auch gegen eine Verschuldung und eine Schuldenwirtschaft, man sieht im Fall von Griechenland, Irland, Portugal usw. wohin das führt. Wenn er aber den Zofinger Finanzplan betrachtet, den alle erhalten haben, dann sieht man, dass Zofingen trotz allem, voraussichtlich im Jahr 2022 CHF 27 Mio. Schulden haben wird. Er betrachtet dies nicht unbedingt als Schuldenpolitik, denn das sind Investitionen, bei denen das Geld in die Infrastruktur investiert wird, mit dem hat er keine Mühe. Er bedauert, dass gesagt wird, es sei verantwortungslos, einen solchen Antrag zu stellen. Er bittet den Antrag auf 102 % anzunehmen, weil er vorausschauend ist und wenn er etwas kauft für CHF 5.-, dann muss er CHF 5.- bezahlen. Ob er heute CHF 2.50 auf die Seite legt und nächstes Jahr CHF 2.50 dazu legt oder nächstes Jahr CHF 5.- auf einmal nimmt, bezahlt muss es immer werden. Viele Leute ziehen es vor heute 3 % und nächstes Jahr 3 % mehr zu zahlen. Er ist eher der Meinung, dass er gegenüber seinen Wählern eben ehrlich ist und sagen muss, Sorry es reicht nicht, wir müssen nun um 6 % erhöhen.

Der **Vorsitzende** stellt den stadträtlichen Antrag mit 105 % dem Antrag der DYM-Minderheit gegenüber.



Der stadträtliche Antrag lautet: Der Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung mit einem um 3 % höheren Steuerfuss von 105 % und der Investitionsvoranschlag 2013 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.

Der Änderungs-Antrag der DYM-Minderheit lautet: Der Voranschlag 2013 der laufenden Rechnung mit einem Steuerfuss von 102 % und der Investitionsvoranschlag 2013 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen. Die Einnahmeausfälle, ca. CHF 900'000.– gehen zu Lasten des Kontos 990.332.02 (zusätzliche Abschreibungen).

Der stadträtliche Antrag wird mit 17:4 Stimmen bei Enthaltungen genehmigt.

Der **Präsident** informiert, dass ein mündlicher Antrag der FDP betreffend Abstimmung mit Namensaufruf eingegangen ist, sowie einen schriftlichen Antrag der SVP für eine geheime Abstimmung.

Hr. **Michael Müller**, SVP, versteht wenn zu fortgeschrittener Stunde ein bisschen Komödiantenstadel gespielt wird. Er informiert, dass der Antrag auf geheime Abstimmung bereits vor den ganzen Diskussionen heute Abend eingereicht worden ist. Aufgrund der stattgefundenen Debatte zieht die SVP diesen Antrag zurück. Um Farbe zu bekennen möchte sie von jedem Einzelnen wissen ob er dafür oder dagegen ist um dem Stimmbürger die Gelegenheit zu geben, in welche Richtung er entscheiden will.

Nachdem Hr. **André Kirchofer**, FDP, den Antrag für Abstimmung mit Namensaufruf schriftlich eingereicht hat, wird im Rat darüber abgestimmt.

Der Antrag der FDP, Abstimmung mit Namensaufruf, wird mit 31:2 Stimmen bei Enthaltungen gutgeheissen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. In Abänderung der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. März 2001 betreffend Einlage des Überschusses aus den Parkierungsgebühren in den Spezialfonds Parkplätze und vom 25. Oktober 2004 betreffend Limitierung der Einlage auf CHF 200'000 pro Jahr ab dem Jahr 2005 sei der Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2013 zuzustimmen.

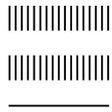
Dem stadträtlichen Antrag wird mit 39:0 Stimmen zugestimmt.

2. Der Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung mit einem um 3 % höheren Steuerfuss von 105 % und der Investitionsvoranschlag 2013 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.

Der stadträtlichen Antrag wird unter Namensaufruf mit 21:19 Stimmen genehmigt (siehe Namensliste im Anhang).

3. Von den Investitions- und Finanzplänen 2013 – 2017 sei Kenntnis zu nehmen.

Vom Investitions- und Finanzplan wird mit 26:7 Stimmen Kenntnis genommen.



Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass 21.00 Uhr ist und fragt den Rat an, ob die Sitzung fortgeführt werden soll. Mit 31:1 Stimmen ist man für eine Weiterführung der Sitzung.

Art. 126

Parlamentarische Vorstösse

GK 141

Interpellation von Marco Arni (glp/DYM) betreffend „Heisses“ Wochenende in Zofingen – auf Kosten der Bewohner/-innen und Steuerzahlenden? - Beantwortung

Der **Ratspräsident** fragt den Interpellanten an, ob er mit der schriftlichen Antwort des Stadtrates zufrieden sei oder nicht.

Hr. **Marco Arni**, DYM, ist froh, dass das Wochenende, welches bereits der Vergangenheit angehört, nicht so heiss geworden ist, wie im Vorfeld befürchtet. Er möchte allen Beteiligten von allen Seiten dafür herzlich danken, dass letztlich die Vernunft gesiegt hat. Angesichts dieser positiven Entwicklungen hat auch die Interpellation, welche ja als dringliche Interpellation bei der letzten Sitzung vorgesehen war, zum Glück an Bedeutung verloren. Er ist dennoch froh die Antworten des Stadtrates erhalten zu haben und er möchte an dieser Stelle auch nicht versäumen, allen zu danken, welche zu diesen Antworten beigetragen haben. Nicht alle Fragen haben sich mit dem positiven Verlauf Ende September erledigt, insbesondere die zwei letzten Fragen Nr. 5 und 6 nicht. Er ist über alles gesehen zufrieden mit der Antwort des Stadtrates und möchte für die gelieferten Antworten herzlich danken.

Hr. **Michael Müller**, stellt Antrag auf Diskussion.

Der Antrag auf Diskussion wird mit 17:14 Stimmen abgelehnt.

Art. 127

Umfrage

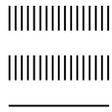
Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. **Robert Weishaupt**, DYM, bezieht sich auf die Adressliste der Einwohnerratsmitglieder. Er schlägt vor, diese in Zukunft per E-Mail zu versenden und nicht mehr als Papierversion aufzulegen.

Dieser Vorschlag wird zur Kenntnis genommen.

Es folgen keine weiteren Fragen.



Der **Präsident** bedankt sich bei den Referenten und schliesst die heutige Sitzung um 21.06 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Thomas Bühler
Ratspräsident

Arthur Senn
Protokollführer

Anhang

- Namensliste zur Abstimmung über den Voranschlag 2013, GK 139, Antrag Ziffer 2

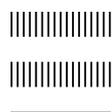
Einwohnerrat Zofingen Amtsperiode 2010/13

Abstimmung unter Namensaufruf

Sitzung vom 22. Oktober 2012

GK Nr.	Geschäft
GK 139	Voranschlag 2013 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013 sowie Investitions- und Finanzpläne 2013 – 2017 der Einwohnergemeinde Zofingen

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Anderegg-Schneider	Eveline	SVP		X	
Arni	Marco	DYM (glp)	X		
Bachmann	Jan	FDP		X	
Bättig-Kipfer	Barbara	DYM (EVP)	X		
Bertschinger	Elmar	SP	X		
Bühler	Thomas	SVP / Präsident		X	
Bürkli	Urs	FDP		X	
Freiermuth	Maja	FDP		X	
Gfeller	Markus	SVP		X	
Giezendanner	Stefan	SVP		X	
Gresch	Dominik	DYM (glp)	X		
Gut	Benjamin	SP	X		
Hauri	Claudia	FDP		X	
Hauri jun.	Hansruedi	SVP		X	
Hösli	Viviane	SP	X		



Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Jordi	Irma	DYM (CVP)	X		
Kirchhofer	André	FDP		X	
Kremer	Anne-Käthi	SP	X		
Kuhn	Nadia	SVP		X	
Lang	Jakob	FDP		X	
Lippuner	Rafael	SP	X		
Mülchi	Christina	SVP		X	
Müller	Michael	SVP		X	
Murri	Marcel	SP	X		
Nöthiger	Christian	SP	X		
Plüss	Urs	DYM/EVP	X		
Riss	Benno	SP	X		
Rüegger	Andreas	FDP		X	
Ruf-Eppler	Miriam	DYM (EVP)	X		
Schlatter	Markus	DYM (CVP)	X		
Seiler	Jürg	SVP		X	
Senn Ammann	Yolanda	FARBT (parteilos)	X		
Siegrist-Bachmann	Renata	DYM (glp)	X		
Syed	Rahela	SP	X		
Thüler	Marcel	SP	X		
Valko	Thomas	FDP		X	
Wacker	Michael	SP	X		
Wälle	Christoph	FDP		X	
Weishaupt	Robert	DYM (CVP)	X		
Willisegger	Martin	SVP		X	